



Die Senatorin für Finanzen

Geschäftsbericht

Doppischer Jahresabschluss
Land und Stadtgemeinde Bremen

In diesem Jahr legt Bremen nun schon zum fünften Mal einen doppelten Jahresabschluss vor und ermöglicht so wieder einen Einblick in seine Vermögens- und Ertragslage.

Ganz im Sinne einer transparenten und nachhaltigen Finanzpolitik stellt der Geschäftsbericht der Freien Hansestadt sowohl die vorhandenen Vermögenswerte als auch die Verbindlichkeiten dar und bildet den Resourcenverbrauch des Geschäftsjahres 2014 ab. So wird auch aus doppischer Sicht deutlich, dass Bremens Finanzlage trotz der geleisteten Sparanstrengungen weiterhin angespannt bleibt.

Aufgrund der Haushaltsslage ist nicht alles Wünschenswerte finanziert, trotzdem soll Bremen weiterhin als lebenswerte Stadt für seine Bürgerinnen und Bürger erhalten werden.

Wie in den Vorjahren konnte Bremen 2014 im vierten Jahr in Folge die mit dem Bund verabredeten Auflagen zur Reduzierung des strukturellen Finanzierungsdefizits erfüllen und erhielt die vereinbarten Konsolidierungshilfen.

Die Rahmenbedingungen zur Gestaltung des Haushaltes bleiben durch den gewählten Konsolidierungspfad weiterhin eingeschränkt. Trotzdem bekennt sich Bremen zu seiner Verpflichtung, die Neuverschuldung zu



reduzieren. Denn die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck: Nach dem Leitbild einer generationengerechten Finanzpolitik soll sie zukünftigen Generationen Handlungsspielräume erhalten. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst.

Allen an diesem Bericht Beteiligten danke ich für ihre engagierte Mitarbeit.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Karoline Linnert".

Karoline Linnert
Bürgermeisterin/Senatorin für Finanzen

Bremen im Zahlenvergleich 2010/2014	6
Lagebericht	7
Jahresabschluss	23
Vermögensrechnung zum 31.12.2014	24
Erfolgsrechnung 2014	26
Anlagengitter	28
Anhang	30
Allgemeine Angaben	31
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Aktiva	32
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Passiva	49
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	65
Sonstige Angaben	80
Finanzrechnung zum 31.12.2014	88
Glossar	94
Abkürzungen	96
Impressum/ Bildnachweis	97

Bremen im Zahlenvergleich 2010/2014

Struktureller Finanzierungssaldo in Mio. Euro im Jahre 2010:	1.121
Struktureller Finanzierungssaldo in Mio. Euro im Jahre 2014:	496
Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Jahre 2011 ¹ :	652.181
Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Jahre 2014:	661.888
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro im Jahre 2010:	42.046
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro im Jahre 2014:	45.994
Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahre 2010:	284.553
Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahre 2014:	306.414
Anzahl der Beschäftigten (VZÄ) in der Kernverwaltung im Jahre 2010:	14.135
Anzahl der Beschäftigten (VZÄ) in der Kernverwaltung im Jahre 2014:	13.527
Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren im Jahre 2010:	2.583
Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren im Jahre 2014:	6.225
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ² in Mrd. Euro im Jahre 2010:	13,1
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ² in Mrd. Euro im Jahre 2014:	17,9
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mrd. Euro im Jahre 2010:	5,4
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mrd. Euro im Jahre 2014:	7,6
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse in Mrd. Euro im Jahre 2010:	1,9
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse in Mrd. Euro im Jahre 2014:	2,3

¹ Aufgrund des bereinigten Zensusergebnisses
hier Vergleich mit Basisjahr 2011

² Land und Stadtgemeinde Bremen

Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Situation des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Finanzpolitische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der mit dem Bund vereinbarte Konsolidierungskurs beeinflusst die bremische Haushalts- und Finanzpolitik weiterhin maßgeblich. Das mit jährlichen Abbauraten in Höhe von 125,35 Mio. Euro auszugleichende strukturelle Finanzierungsdefizit steht dabei im Fokus. Durch erhebliche Eigenanstrengungen ist es auch im Jahr 2014 gelungen, die Grenzwerte der Neuverschuldung deutlich einzuhalten. Auch 2014 konnte ein geringeres Defizit des strukturellen Finanzierungssaldos als im Vorjahr erreicht werden. Damit erhält das Land bereits zum vierten Mal in Folge die Konsolidierungshilfen vom Bund in Höhe von 300 Mio. Euro. Seit Jahren erkennt der Stabilitätsrat die Anstrengungen Bremens an, die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben. Durch einen nachhaltigen und konsequenten Sanierungs- und Konsolidierungskurs rückte das Land Bremen im Jahre 2014 dem auferlegten Ziel, bis 2020 keine neuen Schulden aufzunehmen, immer näher. Die Eigenanstrengungen Bremens werden nun in dem Programm „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ gebündelt.

Die Steuereinnahmen stiegen im Land Bremen im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 6,4% (plus 149 Mio. Euro). Damit fielen sie um 66 Mio. Euro höher aus als im Haushalt 2014 veranschlagt. Diese Mehreinnahmen wurden 2014 zur Senkung der Nettokreditaufnahme und nicht für zusätzliche Ausgaben verwendet, um den Konsolidierungskurs zu beschleunigen.

Steigende Sozialleistungs- und Personalausgaben belasten allerdings zunehmend die bremischen Haushalte und konnten 2014 aufgrund ihrer Größenordnung nur zum Teil durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen werden. Trotzdem betrug der Abstand zur Obergrenze der zulässigen Neuverschuldung 2014 noch 183 Mio. Euro.

Personalkosten sind ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtkosten in der FHB. Tariferhöhungen, die außerhalb der eingeplanten Personalkostensteigerung von 0,9% p.a. (ab 2015 1,5% p.a.) liegen, führen dazu, dass die über die ursprünglichen Planungen hinausgehenden Aufwendungen an anderer Stelle eingespart werden müssen, um den eingeschlagenen Konsolidierungspfad nicht zu gefährden. So ließ z.B. die Anpassung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der

Kommunen (TVöD) in Bremen Gesamtkosten in Höhe von rund 6,3 Mio. Euro im Jahr 2014 entstehen. Rund 2,5 Mio. Euro waren durch zentrale Tarifvorsorgemittel abgedeckt, sodass zusätzliche Kosten in Höhe von rund 3,8 Mio. Euro im Jahr 2014 durch die Anpassungen des TVöD entstanden sind.

Mit dem Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 orientierte sich Bremen an Nordrhein-Westfalen. Ab dem 01.07. 2013 stiegen die Gehälter in den Besoldungsstufen A3 bis A10, wie bei den Angestellten des Landes, um 2,65%. In den Besoldungsgruppen A11 bis A12a wurden die Grundgehaltssätze lediglich um 1% erhöht, ab A13 gab es keine Steigerung. Das Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen hat jedoch 2014 die abgestufte Erhöhung für teilweise verfassungswidrig befunden. Deshalb hat der Senat der FHB im September 2014 entschieden, die Erhöhung der Beamtenbesoldung zu verändern. Neben weiteren Verbesserungen bekommen auch Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes und Richterinnen und Richter eine Besoldungserhöhung, die erstmals im Dezember ausgezahlt wurde. Die Umsetzung dieser Besoldungserhöhung wird dauerhaft mit insgesamt 31 Mio. Euro p.a. beziffert.

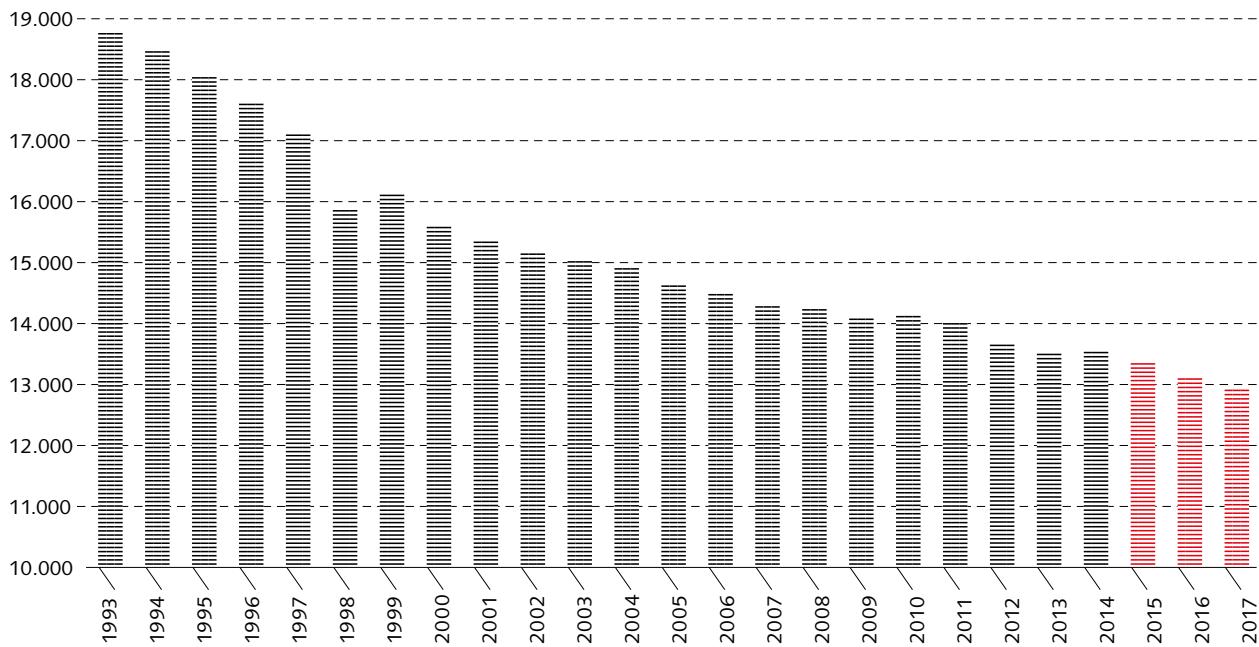
Der Stand der fundierten Schulden des Stadtstaates Bremen inklusive der Sondervermögen beläuft sich 2014 auf 19,851 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr handelt es sich um eine geringfügige Reduzierung um rund 127 Tsd. Euro.

Da die Sondervermögen weiterhin keine neuen Kredite aufnehmen dürfen, werden die Kreditverbindlichkeiten der Sondervermögen kontinuierlich sinken.

Trotz der schrittweisen Verringerung der Nettokreditaufnahme wird die hohe Verschuldung des Stadtstaates, wenngleich mit rückläufigen Jahresbeträgen, im Konsolidierungszeitraum weiter zunehmen.

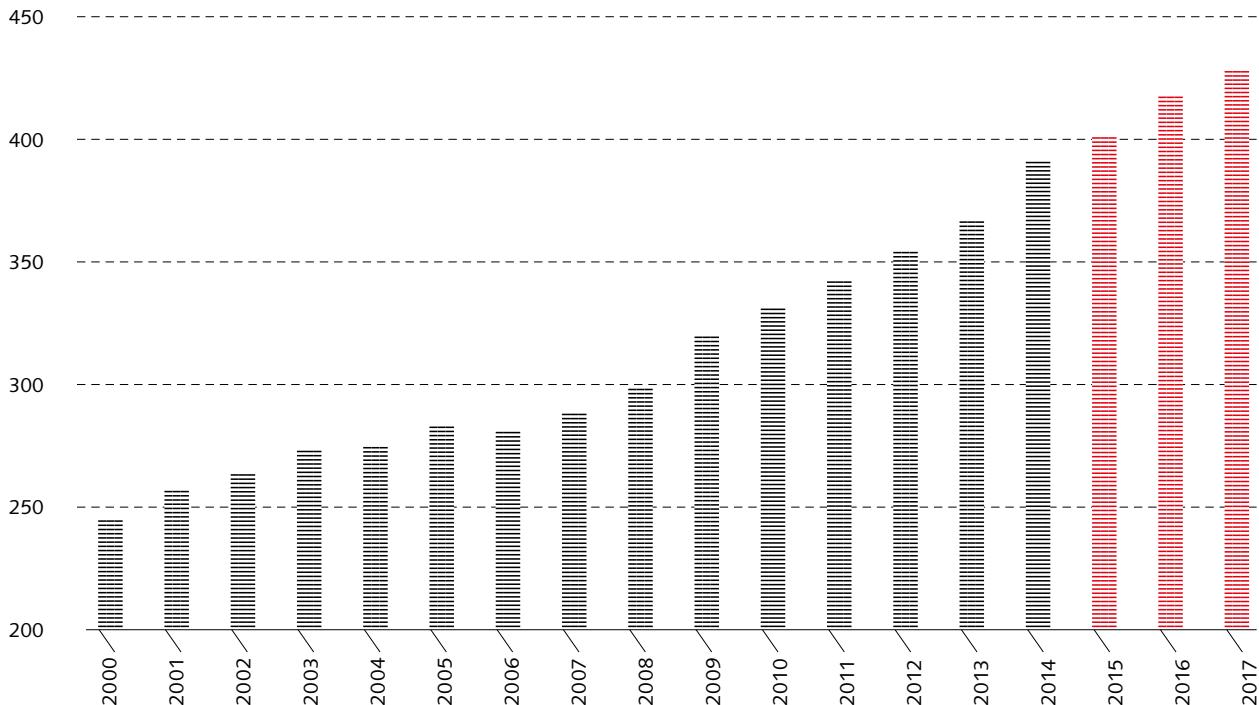
Nach wie vor sieht die grundlegende Finanzierungsstrategie der FHB ein Reduzieren der Zinsausgaben unter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken vor. Konkret bedeutet dies das Sichern von günstigen Zins-

Beschäftigungsvolumen*



*Umgerechnete Vollzeitkräfte (einschließlich Personalverstärkungsmittel; ohne Refinanzierte); bis 2014 Ist-Werte, ab 2015 Planwerte

Versorgungsbezüge (in Mio. Euro)*



*2014 und 2015 fallen in der Versorgung Einmaleffekte in Höhe von 10 Mio. Euro und 15 Mio. Euro an, die auf einem Urteil zum „Versorgungsabschlag alter Art bei Teilzeitbeschäftigten“ beruhen

konditionen und die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit durch Bereitstellung der benötigten Liquidität. Diese strategische Ausrichtung gewährleistet eine hohe Planungssicherheit, die für das Einhalten der veranschlagten Zinsausgaben innerhalb des Konsolidierungszeitraumes bis 2020 unerlässlich ist. Dabei erfolgt eine aktive Steuerung des Kreditportfolios, die sich den sich verändernden Marktgegebenheiten anpasst. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist ist länger als sechs Jahre. Der variable Anteil der Zinssätze liegt zwischen 10% und 30% unter Beimischung von Geldmarktinstrumenten.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

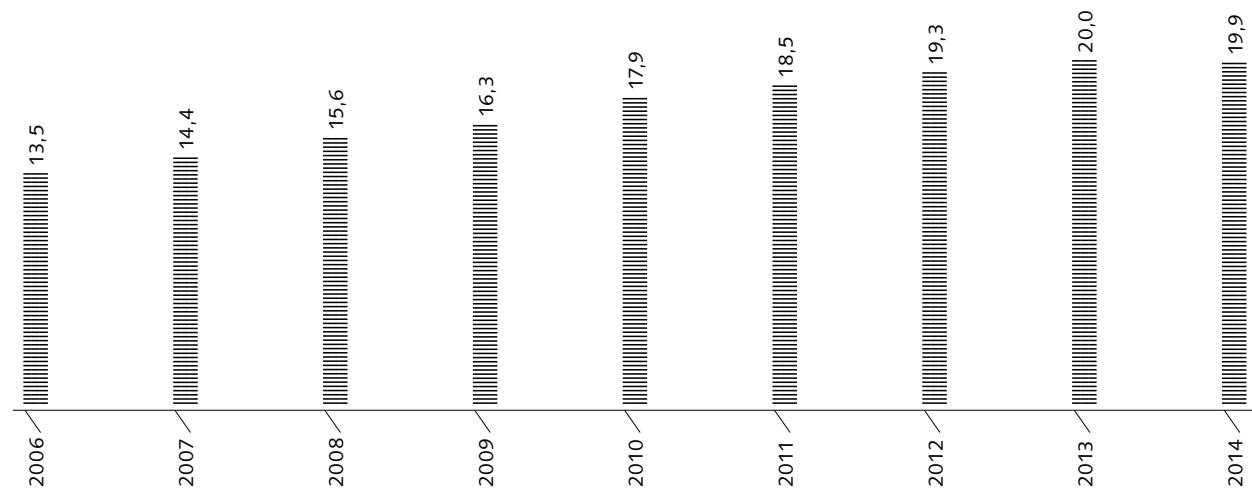
Die FHB ist seit 1.000 Jahren internationaler Handelsplatz und hat seit über 800 Jahren einen Überseehafen. Aus dieser Tradition heraus ist die FHB heute ein sehr international ausgerichteter Wirtschaftsstandort. Über 2.000 Bremer Unternehmen sind intensiv international engagiert, nicht nur, aber besonders auch in den bremischen Kompetenzfeldern maritime Wirtschaft und Logistik, Luft- und Raumfahrt, erneuerbare Energien oder in der Nahrungsmittelwirtschaft. Die bremischen Exporte, mit einem Gesamtaufkommen von 11,9 Mrd. Euro, sind um 9,2% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Insgesamt betrug die Umschlagsmenge ca. 78,3 Mio. Tonnen.

Mit neuem Passagierrekord von rund 2,8 Mio. Fluggästen blickt der Flughafen Bremen auf ein erfolgreiches Jahr. Damit nimmt der internationale Flughafen Bremen den 11. Platz in Deutschland ein und bleibt wichtig für die stark in den globalen Handel integrierte Wirtschaft im Land Bremen. Die Airport-Stadt, eines der größten und komplexesten Bau- und Planungsprojekte, konnte nach nunmehr 20 Jahren erfolgreich in dem gesetzten Zeit- und Budgetrahmen abgeschlossen werden. Mit mehr als 500 Unternehmen und 16.000 Arbeitsplätzen ist die Airport-Stadt ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die gesamte Region.

Bremen ist das Land des starken Mittelstands. So sind 99,2% der rund 22.600 Unternehmen dem Mittelstand zuzurechnen. Die Zahl der gewerbetreibenden Betriebe stieg im Jahr 2014 weiter an. 10.831 Gewerbeanmeldungen stehen 5.146 Gewerbeabmeldungen gegenüber. Besonders die Innenstadt, der Schwerpunkt der Handelslandschaft Bremens, ist bei Einzelhändlern so begehrt, dass die Nachfrage lokaler, nationaler wie internationaler Einzelhändler an Verkaufsfläche in Bremen höher ist, als die zur Verfügung stehenden geeigneten Ladenflächen.

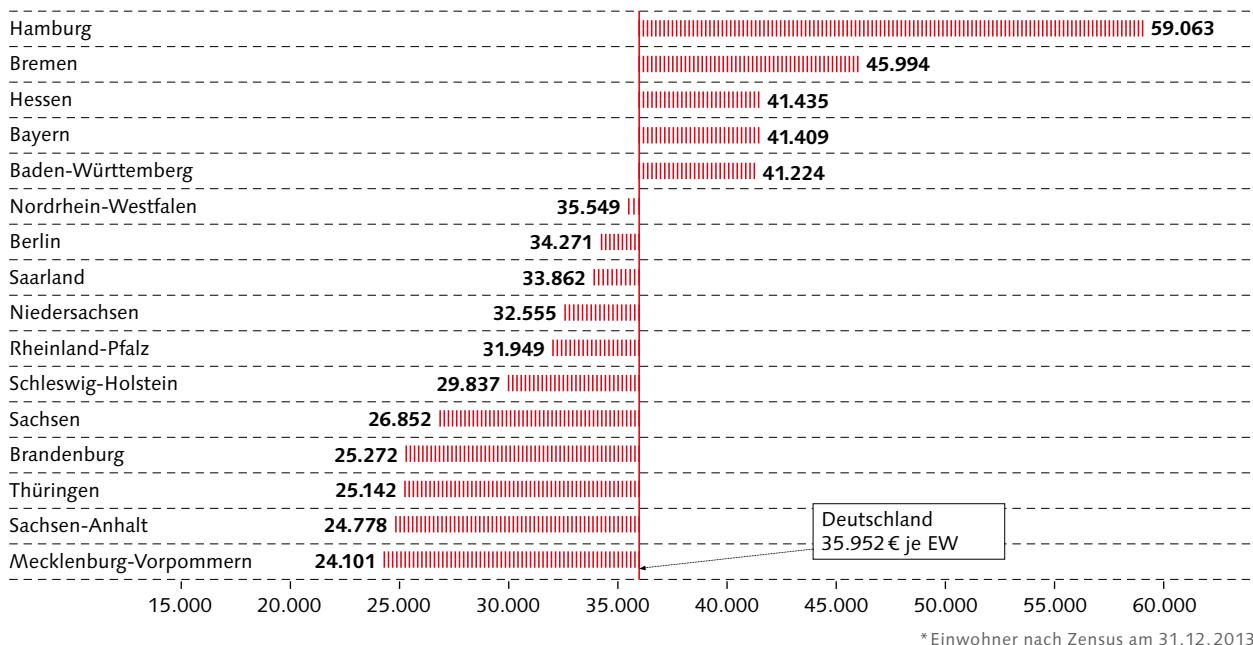
Bremens Immobilienmarkt entwickelt sich weiterhin positiv. Durch eine sehr geringe Leerstandsquote,

Entwicklung des Schuldenstandes* im Stadtstaat Bremen in Mrd. Euro



* Fundierte Schulden zum Jahresende (einschließlich Sonderhaushalte)

Wirtschaftskraft 2014 in Euro je Einwohner*



* Einwohner nach Zensus am 31.12.2013

einen lebhaften Logistikimmobilienmarkt, stabile Mietpreise für Wohnen und Gewerbe sowie begehrte Einzelhandelsflächen nimmt Bremen im deutschen Vergleich somit erneut einen Spitzenplatz ein. Mit mehr als 2,4 Mio. Quadratmeter befinden sich rund 50 % der Logistikhallenflächen der gesamten Metropolregion Nordwest in Bremen. Dies unterstreicht Bremens Stellung als einer der größten Logistikstandorte Deutschlands.

Gemessen an seiner Wirtschaftskraft belegt Bremen 2014 im Ranking der Bundesländer nach wie vor hinter Hamburg den zweiten Platz. Als wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundes-

länder gilt das BIP pro Einwohner, das 2014 in Bremen mit 45.994 Euro erheblich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 35.952 Euro liegt.

Die Zahl der Beschäftigten stieg in Bremen auf einen neuen Höchststand von 306.414 Personen. Die Arbeitslosenquote ging von 11,6 % im Jahr 2013 auf 10,9 % im Jahr 2014 zurück.

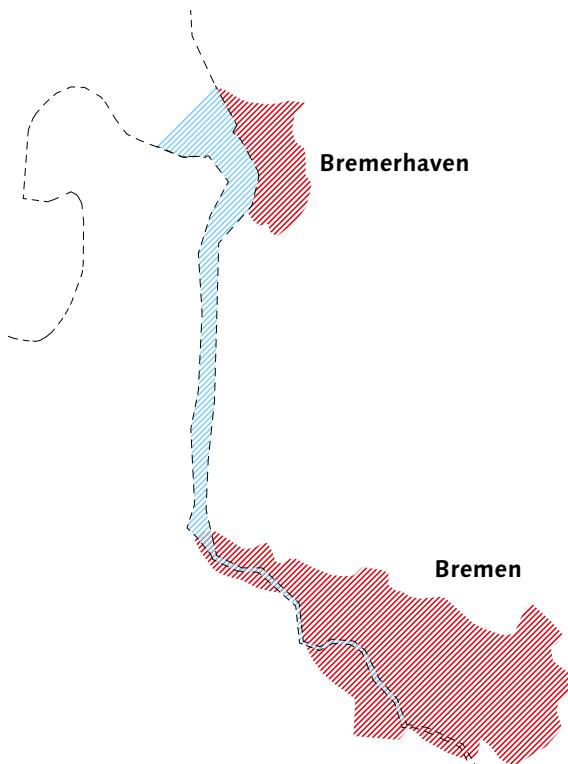
Durch einen Anstieg der Geburtenrate und dem Zuwanderungsgewinn von insgesamt 5.070 Personen setzt sich der Anstieg der Einwohnerzahl im Land Bremen fort, sodass sich der Bevölkerungsstand auf 661.888 Menschen erhöhte.

Beschäftigte bis 2014

Land Bremen	2014	2013	2012	2011	2010
Beschäftigte insgesamt	306.414	301.317	296.579	291.062	284.553
Arbeitslose insgesamt	37.091	37.197	36.826	37.452	38.699
Arbeitslosenquote in %	10,9	11,6	11,2	11,6	12,0

Quelle: Bremen in Zahlen 2015, Statistisches Landesamt Bremen

Geschäftsverlauf und Lage der öffentlichen Gebietskörperschaften



Die Freie Hansestadt Bremen verfügt mit den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven über zwei kommunale Gebietskörperschaften.

Kindertagesbetreuung

Die Kindertagesbetreuung ist und bleibt ein wichtiger Handlungsschwerpunkt der FHB. Das Ziel der Sicherstellung eines nachfragegerechten Angebots im Elementarbereich sowie des Ausbaus zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf Betreuung für Kinder unter 3 Jahren wurde auch 2014 erreicht. Mit den 6.225 Plätzen für Kinder unter 3 Jahren wurde dafür gesorgt, dass alle Stadtteile über eine Betreuungsquote von mindestens 40% verfügen. Im Bereich der zwischen 3 und 6 Jahre alten Kinder wurde die Zahl der Betreuungsplätze auf 14.207 erhöht. In der frühkindlichen Bildung liegt der Schwerpunkt u.a. in der Sprachförderung.

Schulische Bildung

Erfreulich ist, dass Bremen unter vergleichbaren Großstädten eine der besten Schüler-Lehrer-Relationen bei einem gleichzeitig geringen Kostensatz pro Schü-

ler hat. Auf eine Lehrkraft entfallen z.B. in den Bremer Grundschulen statistisch gesehen 13,6 Schülerinnen und Schüler, während der Länderdurchschnitt bei einer Schüler-Lehrer-Relation von 16,4 liegt. Über alle Schularten betrachtet, fallen in Bremen 5.000 Euro pro Schüler und Jahr an Kosten an. Auch damit liegt Bremen unter dem Länderdurchschnitt von 5.100 Euro. Bei den Personalkosten je Schüler, in der Summe aller Schularten, nimmt Bremen einen Mittelfeldplatz im bundesweiten Vergleich ein.

Ganztagschulen entwickeln sich im Bundesland Bremen seit 2001 zu zukunftsfähigen, modernen und verlässlichen Schulen. An 81 Ganztagschulen wurden 2014 17.038¹ Schülerinnen und Schüler beschult.

¹ Laut Produktgruppencontrolling 13/2014

Um allen Bevölkerungsschichten, insbesondere auch den Schulen, künftig adäquate Schwimmmöglichkeiten in Bremen bieten zu können, hat der Sportsenator 2014 ein Bäderkonzept entwickelt.

Ausbildungsplatzgarantie

Zum Ausbildungsbeginn 2014 wurden Förderinstrumente realisiert, die die ersten Bausteine der Umsetzung der Ausbildungsgarantie darstellen. Es handelt sich um Projekte, mit denen junge Menschen direkt in eine betriebliche Ausbildung geführt werden sollen. Hierbei sollen insbesondere sozial benachteiligte Jugendliche erreicht werden. Zudem sollen Betriebe, die allein die notwendigen Voraussetzungen für einen Ausbildungsbetrieb nicht erfüllen können, gemeinsam mit anderen Betrieben oder in einem Netzwerk mit einem Leitbetrieb ausbilden. Für die Umsetzung der Projekte sind für 2014 und 2015 Landesmittel in Höhe von 1,98 Mio. Euro eingeplant.

Hochschulen

Mit dem Hochschulpakt 2020 investieren Bund und Länder zusätzliche Mittel in den Ausbau von Studienanfängerplätzen. Dies ist eine Reaktion auf die seit Jahren steigende Zahl von Studienberechtigten und die erhöhte Studienplatznachfrage. Die Zahl der Studienanfänger im 1. Semester hat sich in Bremen im Jahr 2014

gegenüber 2013 um 276 auf 6.888 erhöht und liegt damit um rund 1.600 über der jährlichen Anfängerzahl vor Beginn des Hochschulpaktes. Der Bund wird den Ländern für die derzeitig laufende 2. Phase des Hochschulpaktes im Zeitraum 2011–2015 insgesamt Mittel in Höhe von rund 7,2 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Damit wird auch Bremen in seinen Bemühungen unterstützt, weiterhin ein attraktiver Studienort zu sein.

Kultur

Die Museen der Stadt Bremen wurden im Jahr 2014 von mehr als 450.000 Besuchern und Besucherinnen besucht. Das sind 25.000 mehr als im Jahr zuvor. Dazu trug auch die Kunsthalle mit ihrer Sonderausstellung „Sylvette, Sylvette, Sylvette. Picasso und das Modell“ erheblich bei. Insgesamt verzeichnete die Kunsthalle im vergangenen Jahr 137.049 Gäste, die die große Sonderausstellung und die anderen Angebote wahrnahmen.

Auch das Theater Bremen legte steigende Besucherzahlen vor. Die Spielzeit 2013/14 wurde mit ca. 170.000 Besucherinnen und Besuchern, das sind 15.000 mehr als in der Saison zuvor, abgeschlossen. Vor allem das Schauspiel und die Kinder- und Jugendsparte ziehen wieder mehr Menschen an. Durch die zum Teil experimentellen Handschriften der Opern- und Schauspielregisseure und -regisseurinnen wird das Theater Bremen auch überregional wieder stärker wahrgenommen. Das Theater zeigt, wie eine Erneuerung aus dem Bestand gelingen kann.

Tourismus

Der Tourismusbereich in Bremen entwickelt sich in den letzten Jahren erfolgreich weiter. Nachdem bereits 2013 über 2 Mio. Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern gezählt wurden, konnte dieser Wert 2014 um 11% gesteigert werden. Pro Jahr werden in der Stadt rund 1,7 Mrd. Euro Bruttoumsatz durch den Tourismus erwirtschaftet. Etwa 31.000 Menschen sind in dieser Branche beschäftigt. In den letzten Jahren entstanden zahlreiche neue Hotels in Bremen. Das Statistische Landesamt Bremen hatte 56 Betriebe im Jahr 2000 und 93 Betriebe im Jahr 2014 mit über 10.000 Betten in der Stadt Bremen registriert. Damit wurde das Ziel erreicht, private Investitionen und unterneh-

merisches Engagement nach Bremen zu ziehen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Seit 2010 profitieren die Haushalte der Sozialleistungen von der immer noch grundsätzlich stabilen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage durch geringer steigende Ausgaben der Kosten der Unterkunft, als noch in der Endphase der Finanzkrise angenommen. Die Ausgaben der Sozialleistungen steigen allerdings seit Jahren an und belasten insbesondere die kommunalen Haushalte in hohem Maße.

Wie bereits in den Vorjahren und insbesondere seit 2013 stiegen die Ausgaben in den ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung weiterhin an. 2014 wurde das Projekt „Erziehungshilfe, Soziale Prävention und Quartiersentwicklung“ (ESPQ) erfolgreich abgeschlossen. Ziel war es, Casemanagerinnen und -manager in stärkerem Maße als bisher darin zu schulen, Hilfe Suchende Familien, Kinder und Jugendliche intensiv zu beraten, eng zu begleiten und deren eigene Ressourcen zu mobilisieren. Die Auswertungen zeigten, dass insbesondere durch die veränderte Arbeitsweise der Casemanagerinnen und -manager u.a. deutliche Einsparungen bei den Kosten der Hilfen zur Erziehung generiert werden konnten. Aufgrund



Das Theater am Goetheplatz bei Nacht

dieses Erfolges wurde das Projekt auf den gesamten Jugendamtsbereich der Stadtgemeinde Bremen übertragen.

Asyl und Flüchtlinge

In den Jahren 2013 und 2014 sind 3.344 Flüchtlinge nach Bremen gekommen. Die Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und Integration liegen insbesondere bei den Kommunen. Bereits mit Senatsbeschluss vom März 2014 wurden den Ressorts für die Jahre 2014/2015 zusätzliche zentral bereitgestellte Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Da eine bundesweite Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen 2014 nicht vorgenommen wurde und jede Kommune verpflichtet war, die Jugendlichen an dem Ort, an dem sie zuerst ankamen, in Obhut zu nehmen, trug eine vergleichsweise kleine Anzahl von Kommunen und Jugendämtern quantitativ und qualitativ eine große Verantwortung in der Betreuung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. So betreute die Stadtgemeinde Bremen ca. 6% der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im gesamten Bundesgebiet. Bei einer bundesweiten Verteilung nach dem Königsteiner Verteilungsschlüssel hätte das Land Bremen lediglich 0,94% der ankommenen Jugendlichen in Bremen aufnehmen müssen. 2014 wurden insgesamt 495 unbegleitete Minderjährige aufgenommen, dies war mehr als eine Verdopplung gegenüber der ursprünglich prognostizierten Anzahl von 180.

Einer besonderen Herausforderung stellte sich die Stadtgemeinde Bremen auch schon im Jahr 2014 bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Durch Absprachen mit Wohnungsbaugesellschaften, der Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle bei einem Träger der Wohlfahrtspflege und dem Einsatz von Fachkräften in Übergangswohnheimen, die Flüchtlinge beim Umzug berieten und unterstützten, gelang es, 2014 rund 900 Flüchtlinge in Wohnungen zu vermitteln. Außerdem wurden in den Jahren 2013/2014 rund 1.200 neue Plätze in Übergangswohnheimen geschaffen. Die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge führte zu höheren Ausgaben in

den Hilfen zur Erziehung, die jedoch mit einem gewissen Zeitversatz zu einem großen Anteil refinanzierbar sind.

Innernes

Im Bereich der inneren Sicherheit setzt sich eine erfreuliche Entwicklung fort. Bereits das zweite Mal in Folge konnte mit 83.777 Straftaten die niedrigste Fallzahl in der Gesamtkriminalität des Landes Bremen seit über 25 Jahren festgestellt werden.

Großveranstaltungen in Bremen belasten den Haushalt der FHB in zunehmendem Maße. Besonders betroffen davon sind die sogenannten Risikospiele der Fußball-Bundesliga. Bei diesen Spielen sind rund 1.000 Polizistinnen und Polizisten zusätzlich zum normalen Kontingent im Einsatz. Die Einsätze der Polizei zum Schutze von gewinnorientierten Großveranstaltungen sollen nun künftig, unter bestimmten Bedingungen, den Veranstaltern in Rechnung gestellt werden, um die Steuerzahler und den Haushalt zu entlasten. Mit dieser Maßnahme nimmt Bremen eine Vorreiterrolle ein, die Signalwirkung für andere Bundesländer entfalten könnte.

Justiz

In der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremen waren 2014 durchschnittlich monatlich 537 jugendliche, weibliche und männliche Gefangene untergebracht. Die Sanierung der JVA Bremen ist mit dem Neubau des Zentralgebäudes und dem Hafthaus samt Modernisierung der Infrastruktur weit fortgeschritten. Ergänzend ist eine sozialtherapeutische Anstalt auf dem Gelände gebaut worden. Der Jugendvollzug und die JVA in Bremerhaven sind in der Sanierungsphase. Mit der Sanierung werden die Gestaltung und die Optimierung zu einem effizienten modernen Justizvollzug, die Behebung des Sanierungsstaus, die Anpassung der Sicherheitsvorrichtungen an bundesdurchschnittliche Standards und die energetische Ertüchtigung der Gebäudekomplexe realisiert.

Nach dem „e-justice“-Gesetz sind die Gerichte verpflichtet, ab 2018 den elektronischen Rechtsverkehr zu ermöglichen. Diese Voraussetzungen sind in Bremen bereits gegenwärtig für alle Gerichte gegeben.

Steuerverwaltung

Der Umstrukturierungsprozess der bremischen Finanzämter wurde 2014 fortgeführt. Das Finanzamt Bremen-Mitte wurde aufgelöst und die restlichen Aufgaben (Kasse, Vollstreckung, Bewertung, Gemeindeabgaben) auf das Finanzamt Bremen-Nord übertragen. Um den Standort Bremerhaven weiter zu stärken, wurde 2014 die für das Land Bremen zentral zuständige Steuerfahndungs- und Strafsachenstelle in das Finanzamt Bremerhaven verlagert. Nach Ende des Umstrukturierungsprozesses gibt es in der Freien Hansestadt Bremen noch vier Finanzämter: Finanzamt Bremen, Finanzamt Bremen-Nord, Finanzamt Bremerhaven und Finanzamt für Außenprüfung.

Gesundheit

Im Frühjahr 2014 erfolgte die Verschmelzung der vier vorher gesellschaftsrechtlich eigenständigen kommunalen Kliniken auf eine Gesellschaft (Gesundheit Nord – GeNo), unter Beibehaltung aller arbeitsrechtlichen Verträge. Die Zentralisierung bettenferner Bereiche (IT, Personalwesen, Controlling, Unternehmensstrategie etc.) in der GeNo soll durch verbesserte Steuerungsmechanismen zu einem dauerhaften Überleben der Kliniken, einem effizienteren Prozessablauf und damit zu einer gleichbleibend guten flächendeckenden Versorgung führen.

Wohnungsbau

Seit 2014 wird die Gartenstadt Werdersee entwickelt. In diesem Pilotprojekt des Bremer Bündnisses für Wohnen sollen ca. 550 familienfreundliche und bezahlbare Wohnungen in der Nähe der Innenstadt entstehen. Die Lage im Grünen am Werdersee wird Wohnungssuchende jeden Alters ansprechen. Gemäß Senatsbeschluss werden 25% der zu bauenden Wohneinheiten Sozialwohnungen sein.

Offshore-Terminal Bremerhaven

Die Planungen für das etwa 25 Hektar große Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) wurden im Berichtsjahr 2014 weitgehend abgeschlossen. Die Anlage mit einer Umschlagkapazität von bis zu 160 Windenergieanlagen pro Jahr soll 2019 in Betrieb genommen werden. Die 500 Meter lange Kaje soll dann gleichzeitig Platz für zwei bis drei Errichterschiffe bieten.

Darstellung der Lage

Nach wie vor wird der Buchungsstoff der Finanzbuchhaltung, der dem doppelten Jahresabschluss zugrunde liegt, überwiegend aus dem kamerale Rechnungswesen übergeleitet. Durch die Optimierung der Geschäftsprozesse im Rechnungswesen wird die Qualität kontinuierlich verbessert.

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird das Gesamtergebnis auf einzelne Teilergebnisse aufgeteilt. Damit wird sichtbar, wie die einzelnen Teilergebnisse den Gesamterfolg beeinflussen. Außerdem können im Zeitreihenvergleich mit den Vorperioden Trends und Entwicklungen in den Ergebnissen abgeleitet und analysiert werden.

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis ermittelt die rechnerischen Auswirkungen des Verwaltungshandelns aus den Kernaufgaben auf den doppelten Jahresabschluss, d.h., es fokussiert sich dabei auf den Ressourcenverbrauch und die Ertragsentstehung, die im Zusammenhang mit der originären Aufgabenerfüllung der FHB stehen. Die Aufwendungen und Erträge aus dem Finanzierungsgeschäft werden deshalb hier nicht ausgewiesen, obwohl bei der permanenten finanziellen Unterausstattung vieler Gebietskörperschaften der Eindruck entsteht, dass die Finanzierungsgeschäfte mittlerweile zu den originären Aufgaben einer Gebietskörperschaft gehören.

Das Verwaltungsergebnis hat sich im Geschäftsjahr 2014 erfreulich entwickelt und ist zwar mit –54,35 Mio. Euro deutlich negativ, fällt jedoch gegenüber dem Vorjahr um 373,09 Mio. Euro besser aus.

Die Summe der Erträge hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 232,77 Mio. Euro und damit um 5,60% erhöht. Den größten Anteil an dieser Entwicklung haben die Steuern und steuerähnlichen Erträge, bei denen sich die Einnahmen im Jahr 2014 um rund 170,50 Mio. Euro verbessert haben. Unter diesen sorgten insbesondere die Lohnsteuer (+46,88 Mio. Euro), die veranlagte Einkommensteuer (+49,06 Mio. Euro) sowie die Gewerbesteuer (+46,75 Mio. Euro) für die

Erfolgsrechnung 2014

	2013	2014	Veränderung ggü. Vorjahr	Veränderung ggü. Vorjahr Euro %
	Euro	Euro	Euro	%
Steuern und steuerähnliche Erträge	2.309.019.344,64	2.479.515.647,99	170.496.303,35	7,38
Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.138.295.419,09	1.159.284.811,53	20.989.392,44	1,84
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	499.225.345,10	521.285.016,34	22.059.671,24	4,42
Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	158.531.306,68	157.967.550,05	-563.756,63	-0,36
Sonstige Erträge	54.664.527,65	74.447.985,76	19.783.458,11	36,19
Summe Erträge	4.159.735.943,16	4.392.501.011,67	232.765.068,51	5,60
Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-278.548.747,02	-292.393.025,66	-13.844.278,64	4,97
Personalaufwand	-1.853.038.099,85	-1.609.929.095,94	243.109.003,91	-13,12
Abschreibungen	-126.481.836,18	-131.963.495,13	-5.481.658,95	4,33
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.184.829.633,15	-2.276.300.181,21	-91.470.548,06	4,19
Sonstige Aufwendungen	-144.279.977,29	-136.263.269,99	8.016.707,30	-5,56
Summe Aufwendungen	-4.587.178.293,49	-4.446.849.067,93	140.329.225,56	-3,06
Verwaltungsergebnis	-427.442.350,33	-54.348.056,26	373.094.294,07	-87,29
Erträge aus Beteiligungen	10.900.785,39	10.886.853,40	-13.931,99	-0,13
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	302.694.202,92	236.931.281,92	-65.762.921,00	-21,73
Zinsen und ähnliche Erträge	279.615.786,42	429.146.777,79	149.530.991,37	53,48
Abschreibung auf Finanzanlagen	-292.028.289,83	-25.373.402,82	266.654.887,01	-91,31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.114.371.971,74	-1.132.459.119,07	-18.087.147,33	1,62
Finanzergebnis	-813.189.486,84	-480.867.608,78	332.321.878,06	-40,87
Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-1.240.631.837,17	-535.215.665,04	705.416.172,13	-56,86
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	
Steuern	-10.200,94	-8.867,35	1.333,59	-13,07
Jahresfehlbetrag	-1.240.642.038,11	-535.224.532,39	705.417.505,72	-56,86

positive Entwicklung. Ein nennenswertes Plus war auch bei der Körperschaftsteuer (+24,81 Mio. Euro) sowie bei der Grunderwerbsteuer (+26,57 Mio. Euro) zu verzeichnen. Steuermindereinnahmen ergaben sich 2014 im Wesentlichen nur bei der Umsatzsteuer, deren Aufkommen um 15,84 Mio. Euro zurückging.

Die Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen haben sich mit einem Zuwachs um 20,99 Mio. Euro im Ver-

gleich zu 2013 ebenfalls erhöht. Dies resultiert aus zusätzlichen Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich (+14,09 Mio. Euro) sowie einer Steigerung der Bundesergänzungszuweisungen (+6,90 Mio. Euro).

Ebenso haben sich die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen mit einem Anstieg von insgesamt 22,06 Mio. Euro erfreulich entwickelt. Begründet ist dies insbesondere durch zusätzliche Einnahmen vom Bund

für Renten und Unterstützungen und sonstige Geldleistungen (+ 26,50 Mio. Euro), die auf einer Anhebung der Bundesbeteiligung an den Ausgaben des 4. Kapitels SGB XII (Grundsicherung im Alter und Erwerbsmindereung) auf nunmehr 100% der Nettoausgaben im Jahr 2014 zurückzuführen sind. Weiter ergab sich eine Erhöhung der erhaltenen Zuweisungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen um 11,74 Mio. Euro. Ein Minus von 14,05 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr gab es dagegen im Bereich der erhaltenen Investitionszuweisungen.

Die sonstigen Erträge haben sich mit einem Anstieg von insgesamt rund 19,78 Mio. Euro zum Vorjahr positiv entwickelt. Dem Rückgang bei den Erträgen aus Versicherungentschädigungen und Erstattungen von Schäden (-8,04 Mio. Euro) standen dabei Erhöhungen der Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von rund 27,81 Mio. Euro entgegen.

Die Summe der Aufwendungen hat sich 2014 gegenüber dem Vorjahr beträchtlich um rund 140,33 Mio. Euro gesenkt.

Die Aufwendungen für die Verwaltungstätigkeit haben sich 2014, nach einem Rückgang im Jahr 2013, um 13,84 Mio. Euro erhöht und befinden sich mit nunmehr insgesamt 292,39 Mio. Euro wieder auf dem Niveau von 2012. Dies ergibt sich u.a. durch eine Steigerung der Aufwendungen für bezogene Leistungen um insgesamt 8,94 Mio. Euro.

Die Personalaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 243,11 Mio. Euro verringert. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall des Einmaleffektes bei den Pensionsrückstellungen, der 2013 durch eine Reduktion des Abzinsungssatzes von 4,50% p.a. auf 3,95% p.a. zu einem einmaligen Anpassungsaufwand führte. Die Reduktion des Zinssatzes im Jahr 2013 bewirkte, dass die Zuführungen zu den Rückstellungen erhöht werden mussten, da sich die Rückstellungsbeträge weniger stark auf den zukünftigen Erfüllungsbetrag verzinsen. Trotz Wegfall dieses Effektes sind auch 2014 382,35 Mio. Euro als Zuführung zu den Pensionsrückstellungen angefallen.

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse haben sich mit einem Anstieg von rund 91,47 Mio. Euro gegenüber 2013 um lediglich 4,19% erhöht. Nennenswerte Mehrausgaben haben sich hier im Wesentlichen bei den übrigen sonstigen Zuweisungen für die Stadtgemeinde Bremerhaven (+ 22,99 Mio. Euro) sowie im Bereich der Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen (+ 11,63 Mio. Euro) ergeben.

Einen großen Anteil an den Aufwendungssteigerungen haben auch Sozialleistungen, deren Volumen 2014 um 34,69 Mio. Euro zunahm. Eine deutliche Erhöhung wiesen hierunter beispielsweise die Aufwendungen für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (+ 12,43 Mio. Euro) auf, was auf die steigenden Flüchtlingszahlen zurückzuführen ist. Die sonstigen Aufwendungen konnten um insgesamt 8,02 Mio. Euro reduziert werden. Dies liegt im Wesentlichen an einem Rückgang der Versicherungsbeiträge um 7,07 Mio. Euro.

Finanzergebnis

Im Finanzergebnis werden die Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften ausgewiesen.

Die kreditwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die bremischen Schulden gestalteten sich 2014 nach wie vor positiv. Der Durchschnittssatz für das bremische Schuldenportfolio war mit einem Zinssatz von 3,28% weiterhin niedrig.

Das Finanzergebnis weist zwar im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Verbesserung um 332,32 Mio. Euro auf, bleibt aber im Saldo in Höhe von -480,87 Mio. Euro deutlich im negativen Bereich. Angesichts des hohen Schuldenstandes der FHB und der damit verbundenen zu leistenden Zinszahlungen ist dies jedoch nachvollziehbar. Ursächlich für die positive Entwicklung 2014 ist zum einen eine Steigerung bei den Finanzerträgen (+ 83,75 Mio. Euro) und zum anderen die Reduzierung der Finanzaufwendungen (- 248,57 Mio. Euro).

Auf der Ertragsseite basiert die Verbesserung im Wesentlichen auf der Veränderung der Zinserträge,

die um insgesamt 149,53 Mio. Euro (+53,48%) gestiegen sind. Dieser Anstieg ist vor allem durch den Anstieg der Erträge aus Swaps (+157,75 Mio. Euro) begründet. Zum Jahresende 2014 haben Restrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Derivate stattgefunden. Dabei wurden ältere Swap-Verträge mit ungünstigen Konditionen aufgelöst. Hierbei entstandenen Erträge im Zusammenhang mit Auflösungsprämien und Sonderleistungsprämien. Im Gegensatz zu den Zinserträgen gingen die Erträge aus Wertpapieren um 65,76 Mio. Euro zurück.

Im Gegensatz zu 2013 waren 2014 keine hohen Abschreibungen auf Finanzanlagen erforderlich, sodass diese im Vorjahresvergleich 2014 um 266,65 Mio. Euro geringer ausfielen. Die Aufwendungen für Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich um 29,48 Mio. Euro. In der Ergebnisanalyse wird deutlich, dass sich diese Veränderung aus zwei unterschiedlichen Entwicklungen ergibt. Zum einen haben sich die Aufwendungen für Swaps wegen der durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Derivate für die neuen Swaps um 85,51 Mio. Euro erhöht. Zum anderen verringerten sich die Zinsaufwendungen um 56,03 Mio. Euro.

Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Summe des Verwaltungs- sowie des Finanzergebnisses. Dieses fällt mit –535,22 Mio. Euro erneut negativ aus.

Außerordentliches Ergebnis

Für das Geschäftsjahr 2014 waren wie schon 2013 keine außerordentlichen Geschäftsvorfälle zu berücksichtigen.

Jahresergebnis 2014

Das Jahresergebnis wird ermittelt, indem zum Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit das außerordentliche Ergebnis hinzugerechnet und die Steuerschuld abgezogen wird. Im Jahr 2014 gab es einen Jahresfehlbetrag von 535,22 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr verbesserte sich der Jahresfehlbetrag um 705,42 Mio. Euro.

Vermögensrechnung

Aktiva

Die Summe der Aktiva weist mit einem Plus von rund 1.938 Mio. Euro eine Steigerung von 7,06% im Vergleich zum Vorjahr aus. Im Anlagevermögen gab es eine deutliche Erhöhung um 734 Mio. Euro im Vergleich zu 2013. Diese resultiert größtenteils aus Zugängen bei den Finanzanlagen in Höhe von insgesamt rund 720 Mio. Euro. Im Wesentlichen sind dieses Zugänge im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Anteile an der Bremer Landesbank (BLB). Die Sachanlagen blieben hingegen mit einem Anstieg von 4,63 Mio. Euro weitestgehend auf Vorjahresniveau.

Auf der Aktivseite weist das Umlaufvermögen im Vorjahresvergleich eine erhebliche Steigerung um 1.159 Mio. Euro aus. Zu beachten ist hierbei, dass es sich um einen stichtagsbezogenen Vergleich handelt. Der wesentliche Grund für eine Veränderung der liquiden Mittel ist die Erhöhung der Kassenkredite Besicherung in Höhe von rund 890,50 Mio. Euro. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stiegen ebenfalls um 261,78 Mio. Euro. Bei den sonstigen Vermögensgegenständen schlugen die rückgängigen Forderungen aus Krediten (–243,26 Mio. Euro) sowie die stark angestiegenen Bestände auf den Geldtransitkonten (+458,52 Mio. Euro) zu Buche. Erwähnenswert ist außerdem, dass die Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen um 125,13 Mio. Euro gestiegen sind, während die Forderungen aus der Steuerverteilung und den Finanzausgleichsbeziehungen um 54,36 Mio. Euro geringer ausfielen als 2013. Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten haben sich lediglich um 16,71 Mio. Euro erhöht. Dies ist im Wesentlichen durch ein Anwachsen des Abgrenzungspostens für Disagio (+11,48 Mio. Euro) bedingt.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich trotz des Jahresfehlbetrags in Höhe von 535,22 Mio. Euro nur geringfügig um 28,63 Mio. Euro auf nunmehr 17,87 Mrd. Euro erhöht. Im Zuge der Umwandlung der stillen Einlage der FHB bei der BLB wurden Anpassungen des Eigenkapitals notwendig, die zu einer Eigenkapitalverbesserung von rund 480 Mio. Euro führten.

Vermögensrechnung

	Vermögensrechnung 31.12.2013 Euro	Vermögensrechnung 31.12.2014 Euro	Abweichung ggü. Vorjahr Euro	Abweichung ggü. Vorjahr %
Anlagevermögen	7.460.879.810,54	8.194.790.200,21	733.910.389,67	9,84
Umlaufvermögen	2.125.831.585,09	3.284.938.419,93	1.159.106.834,84	54,52
Aktive Rechnungsabgrenzung	38.359.939,89	55.070.329,59	16.710.389,70	43,56
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	17.836.459.884,63	17.865.086.082,78	28.626.198,15	0,16
Summe Aktiva	27.461.531.220,15	29.399.885.032,51	1.938.353.812,36	7,06
Eigenkapital	0,00	0,00	0,00	
Sonderposten für Investitionen	465.826.702,31	449.812.014,67	-16.014.687,64	-3,44
Rückstellungen	7.325.118.209,21	7.680.695.830,83	355.577.621,62	4,85
Verbindlichkeiten	19.670.586.308,63	21.269.284.187,01	1.598.697.878,38	8,13
Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	93.000,00	93.000,00	
Summe Passiva	27.461.531.220,15	29.399.885.032,51	1.938.353.812,36	7,06

Passiva

Das Eigenkapital des Landes und der Stadtgemeinde Bremen wird nach wie vor mit dem Wert null ausgewiesen.

Die Sonderposten für erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen haben sich lediglich geringfügig um 16,01 Mio. Euro reduziert.

Nach wie vor bilden die Rückstellungen, also die ungewissen Verbindlichkeiten, einen wesentlichen Anteil der Passivseite der bremischen Vermögensrechnung ab. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sollen den Rechnungsperioden verursachungsrecht zugeordnet werden. Insgesamt kann bei den Rückstellungen im Vorjahresvergleich ein Anstieg von rund 355,58 Mio. Euro verbucht werden. Ausschlaggebend für diesen Anstieg war die Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die sich mit einem Zugang von rund 382,35 Mio. Euro (davon 359,50 Mio. Euro für Pensionen, 22,84 Mio. Euro für Beihilfen) nun auf rund 7,59 Mrd. Euro belaufen.

Die sonstigen Rückstellungen, sind im Vergleich zu 2013 deutlich um insgesamt 26,77 Mio. Euro zurückgegangen. Im Wesentlichen ist diese Entwicklung auf den Rückgang der Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von rund 26,19 Mio. Euro zurückzuführen. Erstmals gingen 2014 in die Berechnung der sonstigen Rückstellungen auch Rückstellungen für sog. Sabbatjahre (Freistellungsjahre) in Höhe von rund 2,01 Mio. Euro ein.

Im Bereich der Verbindlichkeiten hat es einen erheblichen Anstieg um rund 1,60 Mrd. Euro 2014 gegeben. Die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten beträgt 2014 aus doppischer Sicht 21,27 Mrd. Euro. Der kamerale Begriff der fundierten Schulden umfasst die langfristigen Staatsschulden, also die Schulden der öffentlichen Hand, die regelmäßig über eine längere Laufzeit (ein Jahr oder länger) zurückgezahlt werden. Der doppische Begriff der Verbindlichkeiten erweitert diese Definition, sodass dieser als die Summe der noch offenen finanziellen Verpflichtungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen gegenüber seinen Gläubigern definiert wird. Im Wesentlichen erhöhten sich 2014 die sonstigen Verbindlichkeiten aus Krediten (+1,38 Mrd. Euro)

und unter diesen insbesondere die kurzfristigen Kassenkredite gegenüber dem sonstigen inländischen Bereich (+1,32 Mrd. Euro). Der Anstieg der kurzfristigen Kassenkredite erfolgte im Rahmen der Ende 2014 geänderten Finanzierungsstrategie. Diese sah aufgrund von Negativzinsen vor, dieses Finanzierungsinstrument verstärkt zu nutzen. Außerdem erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus Anleihen und Obligationen um 414,91 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen dagegen um 311,41 Mio. Euro zurück.

Ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten wurde 2014 erstmals für Agio gebildet.

Resümee

Das Verwaltungsergebnis beläuft sich 2014 auf –54,35 Mio. Euro und weist mit einer Verbesserung zum Vorjahr um 373,09 Mio. Euro eine erfreuliche Entwicklung auf, die sich in der prozentualen Veränderung zu 2013 in Höhe von 87,29% verdeutlicht. Die Summe der Erträge hat sich gegenüber 2013 um 232,77 Mio. Euro erhöht, während sich die Summe der Aufwendungen um 140,33 Mio. Euro verringerte.

Im Finanzergebnis stehen Erträge aus Finanzierungsgeschäften in Höhe von 676,96 Mio. Euro Aufwendungen aus Finanzierungsgeschäften in Höhe von 1.157,83 Mio. Euro gegenüber, sodass sich ein negatives Finanzergebnis in Höhe von –480,87 Mio. Euro ergibt. Das Finanzergebnis fällt damit im Vergleich zu 2013 um 332,32 Mio. Euro und somit um 40,87% besser aus. Dies ist allerdings im Wesentlichen auf Einmaleffekte bei den Abschreibungen auf Finanzanlagen zurückzuführen, die 2013 mit 292,03 Mio. Euro zu verbuchen waren. Ohne den Einmaleffekt im Jahr 2013 würde sich im Jahresvergleich somit lediglich eine Verbesserung des Finanzergebnisses in Höhe von 40,72 Mio. Euro ergeben. Im realistischeren Vergleich zu 2012, in dem das Finanzergebnis bei –522,01 Mio. Euro lag, fällt die Entwicklung 2014 (–480,87 Mio. Euro) jedoch ebenfalls erfreulich aus.

Die positive Entwicklung des Finanzergebnisses ist angesichts des Anstiegs der fundierten Schulden ein bemerkenswertes Ergebnis, welches die Wirkungen der

Zinsentwicklung sowie der Optimierungen im Kreditmanagement widerspiegelt. Verdeutlicht wird dies dadurch, dass die Zinsaufwendungen trotz ansteigender Schulden im Vergleich zum Vorjahr nur um 18,09 Mio. Euro und damit nur um 1,62% angestiegen sind.

Unter Berücksichtigung der zuvor benannten Umstände beträgt der Jahresfehlbetrag 2014 rund 535,22 Mio. Euro. Dies stellt den niedrigsten Jahresfehlbetrag seit Erstellung der doppischen Jahresabschlüsse für die FHB im Jahr 2010 auf und verdeutlicht die erfolgreichen Anstrengungen Bremens zur Bewältigung der finanziellen Problemlage. Im Vergleich zum Vorjahr verbesserte sich der Jahresfehlbetrag um rund 705,42 Mio. Euro und somit um 56,86%. Trotz dieses Jahresfehlbetrags steigerte sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag lediglich um rund 28,63 Mio. Euro. Grund hierfür waren Eigenkapitalbereinigungen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der bremischen Anteile an der BLB.

Nachtragsbericht

Am 30.01.2015 ist die landesverfassungsrechtliche Ausgestaltung der Schuldenbremse für das Land Bremen in Kraft getreten. Artikel 131a der Landesverfassung der FHB bestimmt näher, wie der in Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes geregelte Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts und die dort zugelassene Konjunkturbereinigung und die Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen für den Haushalt des Landes Bremen umzusetzen sind. Artikel 131b der Landesverfassung fügt eine bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2019 geltende Ausnahmeregelung hinzu, wonach übergangsweise ein strukturelles Finanzierungsdefizit zulässig ist, wenn die Konsolidierungsverpflichtung gemäß Artikel 143d Absatz 2 des Grundgesetzes eingehalten wird. Artikel 131c der Landesverfassung betraut Bürgerschaft und Senat mit der Aufgabe, auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung des Landes hinzuwirken, damit die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten werden können.

Risiko- und Chancenbericht

Weiterhin herrscht in der FHB eine äußerst angespannte Haushaltslage. Die Einhaltung des Konsolidierungskur-

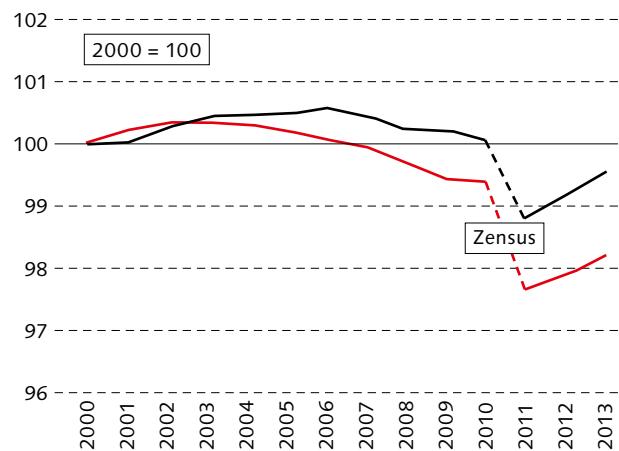
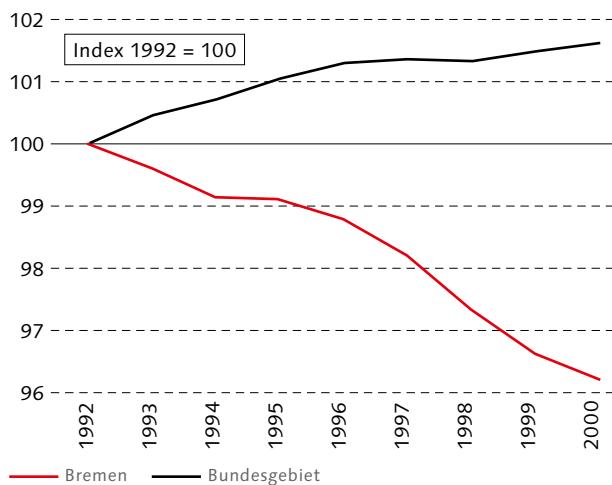
ses ist eines der wichtigsten Ziele für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der FHB. Eine nachhaltige Sanierung der bremischen Haushalte setzt neben der Einhaltung des Konsolidierungskurses vor allem die Lösung der Altschuldenproblematik voraus. Von erheblicher Bedeutung für die Zukunft der bremischen Haushalts- und Finanzlage wird der Ausgang der derzeit laufenden Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich nach dem Auslaufen im Jahr 2019 sein. Eine wachsende Stadt hilft bei der Konsolidierung der Haushalte, da das derzeitige System der Finanzverteilung im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl der Länder abstellt. Deshalb hat der Senat der FHB beschlossen, dass Ziele und Indikatoren für eine Gesamtstrategie „Wachsende Stadt“ entwickelt werden sollen.

Die Zuwanderung von Flüchtlingen in das Land und die beiden Stadtgemeinden hat ein nie vorhersehbares Ausmaß erlangt: Bremen hat im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen. Zum 01.11.2015 wurde ein neues Verteilungsverfahren dieser Personengruppe – analog zu dem der erwachsenen Flüchtlinge – gesetzlich verankert. Finanzwirtschaftliche Entlastungseffekte sind für die nächsten Jahre zum jetzigen Zeitpunkt jedoch schwer kalkulierbar. Sie sind unter anderem davon abhängig, wie lange die neu ankommenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge vor

der Verteilung auf andere Länder in Bremen in Obhut genommen und versorgt werden müssen. Ein Ende der Entwicklung ist nicht absehbar, vielmehr muss mindestens in den nächsten beiden Jahren weiterhin von sehr hohen Zugangszahlen von Flüchtlingen ausgegangen werden. Der Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen kommt aufgrund der damit verbundenen gesellschaftlichen, finanzwirtschaftlichen und verwaltungsorganisatorischen Herausforderungen eine besondere Bedeutung zu. Der Zuzug von Flüchtlingen bietet neben den finanziellen Risiken jedoch auch wirtschaftliche Chancen. Der drohende Fachkräftemangel kann durch qualifizierte Zuwanderer behoben werden. Nicht besetzte Ausbildungsstellen können von Zuwanderern wahrgenommen werden. Aus Zuwanderung erwachsen Bedarfe an den Wohnungsbau.

Eine wesentliche Rahmenbedingung des bis 2020 zu bewältigenden Konsolidierungskurses stellt die Bevölkerungsentwicklung des Stadtstaates dar. Dieser Zusammenhang ist einerseits durch das derzeitige System der Finanzverteilung begründet, das im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl der Länder abstellt: Sowohl die Umsatzsteuerverteilung als auch die bremischen Ansprüche im bundesstaatlichen Finanzausgleich orientieren sich in starkem Maße am Einwohneranteil des Stadtstaates am gesamten Bundesgebiet. Andererseits stellen Abwanderungen in das niedersächsische

Bevölkerungsentwicklung (Index)



Umland ein zentrales Problem dar, weil wohnortbezogene Steuereinnahmen verloren gehen, während Ausgaben für oberzentrale Versorgungsfunktionen nach wie vor zu leisten sind. Eine rückläufige oder eine vom Bundesdurchschnitt negativ abweichende Einwohnerentwicklung stellt daher ein zusätzliches Risiko für den Konsolidierungskurs im Land Bremen dar. Die derzeit verfügbaren Prognosen des Statistischen Landesamtes Bremen ergeben, dass im Land Bremen zunächst bis 2016 von einer vor allem durch erhöhte Auslandzuwanderungen geprägte Zunahme der Einwohnerzahlen auszugehen ist (2013/2016: +5.600 Einwohner) und anschließend bis 2020 von einem leichten Bevölkerungsrückgang (2016/2020: -2.300 Einwohner). Danach wird sich dann diese Abwärtsbewegung der Einwohnerzahlen im verstärkten Tempo fortsetzen (2020/2025: -4.400 Einwohner). Die Bevölkerungszahl des Stadtstaates verändert sich nach diesen Annahmen von 657.400 (Ist-Wert 2013) über 663.000 (2016) und 660.700 (2020) auf 656.300 im Jahr 2025.

Zur organisatorischen Flankierung des festgelegten Personalabbau- und Konsolidierungspfades setzt die FHB nicht nur auf entsprechende Umbaumaßnahmen der Ressorts, sondern definiert mit dem Programm „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ (NdAW) auch übergeordnete inhaltliche Schwerpunkte für ressortübergreifende Konsolidierungsanstrengungen. Das Programm stellt eine Fortsetzung des Programms „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI) dar. Während bei UVI vor allem Projekte innerhalb einzelner Ressorts umgesetzt wurden, geht es jetzt vorrangig um ressortübergreifende Projekte. Das Programm NdAW zielt damit auf strukturelle Wirkungen, die im Rahmen von Modernisierungsvorhaben innerhalb einzelner Ressorts nicht zu erzielen wären. Ab 2015 werden einzelne Modernisierungsprogramme im Folgeprojekt „Zukunftsorientierte Verwaltung“ (ZOV) gebündelt und durchgeführt.

Prognose

Angesichts der aktuellen Haushaltsprobleme, die überwiegend den Haushalt der Stadtgemeinde Bremen belasten, und des erheblichen Volumens des abzudeckenden Mehrbedarfs insgesamt, ist es nach aktueller Einschätzung unumgänglich, für 2015 Nachtragshaushalte für das Land und die Stadtgemeinde Bremen vorzulegen. Nach Auswertung der Ergebnisse der Controlling-Berichte der Ressorts für den Zeitraum Januar bis Juni 2015 (und nach Aktualisierung für den Zeitraum Januar bis September 2015) belaufen sich die gemeldeten Budgetrisiken für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2015, die nicht innerhalb der beschlossenen Haushalte ausgeglichen werden können, nach Gegenrechnung noch vorhandener Finanzierungsmöglichkeiten auf insgesamt rund 120,8 Mio. Euro. Die Mittel werden weit überwiegend für die Finanzierung von Mehrbedarfen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen benötigt. Das Land beabsichtigt, den beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven zur Vermeidung der Überschreitung der Finanzierungssalden eine einmalige Sonderzuweisung zu gewähren und diese über eine zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren.



Die Bremer Stadtmusikanten

Jahresabschluss

Es wird unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen vermittelt.

17,87 Mrd. Euro
nicht durch Eigenkapital gedeckter
Fehlbetrag per 31.12.2014

535,22 Mio. Euro
Jahresfehlbetrag per 31.12.2014

Vermögensrechnung zum 31.12.2014

Aktiva

	31.12.2014 Euro	31.12.2013 Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	8.194.790.200,21	7.460.879.810,54
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.095.105.185,25	2.085.749.439,25
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.091.552.531,41	2.081.328.055,45
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.552.653,84	4.421.383,80
II. Sachanlagen	52.505.481,34	47.873.538,38
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	109.034,94	114.936,40
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	46.092.568,31	46.812.488,92
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	6.303.878,09	946.113,06
III. Finanzanlagen	6.047.179.533,62	5.327.256.832,91
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.935.906.554,08	1.319.558.660,27
2. Beteiligungen	108.558.353,43	108.548.353,43
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.564.686.157,62	2.584.371.722,10
5. Sonstige Ausleihungen	1.438.028.468,49	1.314.778.097,11
B. UMLAUFVERMÖGEN	3.284.938.419,93	2.125.831.585,09
I. Vorräte	223.174,26	238.528,02
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.754.144.401,59	1.492.367.765,32
1. Forderungen aus Steuern	145.739.000,00	147.807.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	156.055.408,12	137.620.791,15
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	566.196.763,90	441.061.863,52
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	87.275.575,45	115.225.982,83
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	101.735.576,20	156.097.209,70
6. Sonstige Vermögensgegenstände	697.142.077,92	494.554.918,12
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	1.530.570.844,08	633.225.291,75
C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	55.070.329,59	38.359.939,89
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	17.865.086.082,78	17.836.459.884,63
BILANZSUMME	29.399.885.032,51	27.461.531.220,15

Passiva

	31.12.2014 Euro	31.12.2013 Euro
A. EIGENKAPITAL	0,00	0,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN	449.812.014,67	465.826.702,31
C. RÜCKSTELLUNGEN	7.680.695.830,83	7.325.118.209,21
I. Pensionsrückstellung und ähnliche Verpflichtungen	7.590.126.000,00	7.207.781.000,00
II. Sonstige Rückstellungen	90.569.830,83	117.337.209,21
D. VERBINDLICHKEITEN	21.269.284.187,01	19.670.586.308,63
I. Anleihen und Obligationen	12.037.035.000,00	11.622.125.000,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.351.911.118,06	3.663.320.657,33
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	150.408,34	160.701,18
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	142.165.529,57	132.918.099,68
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.628.848,68	11.432.325,92
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	293.235.461,86	260.045.386,78
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	5.195.312,44	1.495.241,17
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	5.427.962.508,06	3.979.088.896,57
E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	93.000,00	0,00
BILANZSUMME	29.399.885.032,51	27.461.531.220,15

Erfolgsrechnung 2014

	2014 Euro	2013 Euro
1. Steuern und steuerähnliche Erträge	2.479.515.647,99	2.309.019.344,64
2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.159.284.811,53	1.138.295.419,09
3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	521.285.016,34	499.225.345,10
4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	157.967.550,05	158.531.306,68
a) Erträge aus Gebühren	94.005.317,93	92.780.460,15
b) Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	11.864.717,38	12.099.617,66
c) Umsatzerlöse	52.097.514,74	53.651.228,87
5. Sonstige Erträge	74.447.985,76	54.664.527,65
6. Summe Erträge	4.392.501.011,67	4.159.735.943,16
7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	–292.393.025,66	–278.548.747,02
a) Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	–57.231.355,44	–52.329.516,43
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	–235.161.670,22	–226.219.230,59
8. Personalaufwand	–1.609.929.095,94	–1.853.038.099,85
a) Entgelte	–227.849.133,51	–224.825.751,05
b) Bezüge	–494.397.862,12	–478.987.426,69
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	–887.682.100,31	–1.149.224.922,11
9. Abschreibungen	–131.963.495,13	–126.481.836,18
10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	–2.276.300.181,21	–2.184.829.633,15
11. Sonstige Aufwendungen	–136.263.269,99	–144.279.977,29
a) Sonstige Personalaufwendungen	–16.528.320,65	–17.314.423,43
b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	–100.363.115,36	–100.639.136,52
c) Aufwendungen für die Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges	–19.371.833,98	–26.326.417,34
12. Summe Aufwendungen	–4.446.849.067,93	–4.587.178.293,49
13. Verwaltungsergebnis	–54.348.056,26	–427.442.350,33
14. Erträge aus Beteiligungen	10.886.853,40	10.900.785,39
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	236.931.281,92	302.694.202,92

	2014 Euro	2013 Euro
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	429.146.777,79	279.615.786,42
17. Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	–25.373.402,82	–292.028.289,83
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–1.132.459.119,07	–1.114.371.971,74
19. Finanzergebnis	–480.867.608,78	–813.189.486,84
20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	–535.215.665,04	–1.240.631.837,17
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
23. Steuern	–8.867,35	–10.200,94
a) Vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
b) Sonstige	–8.867,35	–10.200,94
24. Jahresfehlbetrag	–535.224.532,39	–1.240.642.038,11

Anlagengitter

Alle Angaben in Euro	Anschaffungs- oder Herstellungskosten 01.01.2014	Kumulierte Absetzung für Abnutzung (AfA) 01.01.2014
Anlagevermögen (gesamt)	7.042.369.681,53	418.510.129,01
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.970.738.758,12	115.010.681,13
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	1.968.559.349,98	112.768.705,47
Konzessionen, Rechte und Lizenzen	2.179.408,14	2.241.975,66
Sachanlagevermögen	36.402.380,33	11.471.158,05
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremdem Grund und Boden	108.276,13	6.660,27
Bauten	108.276,13	6.660,27
Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.347.991,14	11.464.497,78
Technische Anlagen und Maschinen	5.773.689,87	1.494.951,29
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.574.301,27	9.969.546,49
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	946.113,06	0,00
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	946.113,06	0,00
Finanzanlagen	5.035.228.543,08	292.028.289,83
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.317.935.962,12	1.622.698,15
Beteiligungen	108.449.806,01	98.547,42
Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.339.832.477,87	244.539.244,23
Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	0,00	0,00
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	1.269.010.297,08	45.767.800,03

Buchwert 01.01.2014	Wertveränderungen 2014	Buchwert 31.12.2014	
	+ Zugänge - Abgänge U+/U- Umbuchungen	- Absetzungen für Abnutzung + Zuschreibungen	
7.460.879.810,54	924.724.054,72 -33.476.767,10 0,00	-157.336.897,95 0,00	8.194.790.200,21
2.085.749.439,25	129.563.195,54 0,00 812,04	-120.208.261,58 0,00	2.095.105.185,25
2.081.328.055,45	+ 128.366.627,48 0,00 0,00	-118.142.151,52 0,00	2.091.552.531,41
4.421.383,80	+ 1.196.568,06 0,00 + 812,04	-2.066.110,06 0,00	3.552.653,84
47.873.538,38	16.397.329,31 -9.340,76 -812,04	-11.755.233,55 0,00	52.505.481,34
114.936,40	0,00 0,00 0,00	-5.901,46 0,00	109.034,94
114.936,40	0,00 0,00 0,00	-5.901,46 0,00	109.034,94
46.812.488,92	+ 11.007.796,28 -9.340,76 + 30.955,96	-11.749.332,09 0,00	46.092.568,31
7.268.641,16	+ 1.621.432,05 -2.236,83 + 31.768,00	-1.486.758,46 0,00	7.432.845,92
39.543.847,76	+ 9.386.364,23 -7.103,93 -812,04	-10.262.573,63 0,00	38.659.722,39
946.113,06	+ 5.389.533,03 0,00 -31.768,00	0,00 0,00	6.303.878,09
946.113,06	+ 5.389.533,03 0,00 -31.768,00	0,00 0,00	6.303.878,09
5.327.256.832,91	778.763.529,87 -33.467.426,34 0,00	-25.373.402,82 0,00	6.047.179.533,62
1.319.558.660,27	+ 653.411.701,81 -33.438.038,11 0,00	-3.625.769,89 0,00	1.935.906.554,08
108.548.353,43	+ 10.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	108.558.353,43
2.584.371.722,10	0,00 0,00 0,00	-19.685.564,48 0,00	2.564.686.157,62
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00
1.314.778.097,11	+ 125.341.828,06 -29.388,23 0,00	-2.062.068,45 0,00	1.438.028.468,49

Anhang

Die Entwicklungen der Vermögens- und Schuldenbestände des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie die Erträge und Aufwendungen im Geschäftsjahr.

6,05 Mrd. Euro
Finanzanlagevermögen
per 31.12.2014

7,59 Mrd. Euro
Rückstellungen für Pensionen
und ähnliche Verpflichtungen
per 31.12.2014

Allgemeine Angaben

Mit Inkrafttreten des Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetzes wurden auch Vorgaben für die staatliche Doppik verabschiedet. Diese Standards geben seit dem 01.01.2010 u.a. verbindliche Regeln für die Bilanzierung und Bewertung eines doppischen Rechnungswesens auf der Bundes- und der Länderebene vor, um eine Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte weiterhin zu gewährleisten. Zur Anpassung der Rechnungswesensysteme der Länder an die neuen Standards gab es eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2014.

Für den Jahresabschluss der Freien Hansestadt Bremen wurden, wie bereits bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz, grundsätzlich die Standards staatlicher Doppik angewandt. Bei einzelnen Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung wurde jedoch noch von den Standards abgewichen. Sofern dies erfolgte, wird dies direkt in der jeweiligen Position im Anhang erläutert.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurden alle Daten bzw. Sachverhalte zum 31.12.2014 berücksichtigt, die bis zum 31.05.2015 vorlagen bzw. bekannt wurden.

INFO:
Freie Hansestadt
Bremen steht fortan
für das Land und
die Stadtgemeinde
Bremen



Blick in den Innenhof des Haus des Reichs (Dienstsitz der Senatorin für Finanzen)

Erläuterungen zur Vermögensrechnung

» Aktiva

A. ANLAGEVERMÖGEN

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Als immaterielle Vermögensgegenstände werden geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse, entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten bezeichnet.

1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	Euro 2.091.552.531,41
	(31.12.2013: Euro 2.081.328.055,45)

In diesem Posten werden Geldleistungen ausgewiesen, für die folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein müssen:

Es handelt sich um Geldleistungen

- » der Kernverwaltung an Dritte außerhalb der staatlichen Verwaltung und an Einrichtungen, die nicht Bestandteil der Kernverwaltung sind,
- » zu investiven Zwecken, d.h., aus den Zuweisungen bzw. Zuschüssen wird durch den Empfänger aktivierungsfähiges Anlagevermögen geschaffen,
- » zur Erfüllung von Aufgaben, an denen der Staat ein erhebliches Interesse hat, z.B. zur Förderung eines bestimmten wirtschafts-, sozial- oder gesellschaftspolitisch erwünschten Zwecks,
- » aus deren Gewährung eine mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten erwächst, verbunden mit einem Rückerstattungsanspruch im Falle der Nichterfüllung.

Bei den bilanzierungsfähigen Investitionszuweisungen und -zuschüssen handelt es sich demnach um Rechte der öffentlichen Gebietskörperschaft auf eine mehrjährige Gegenleistung. Es wird die durch den Empfänger eingegangene Gegenleistungsverpflichtung aktiviert. Zuweisungen und Zuschüsse können nur dann aktiviert werden, wenn die Gegenleistungsverpflichtung hinreichend präzise und durchsetzbar in einem Förderbescheid verankert ist.

	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013
	Euro	Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	2.081.328.055,45	2.053.790.933,47
+ Zugänge	+128.366.627,48	+140.305.824,45
- Abschreibungen	-118.142.151,52	-112.768.702,47
Stand 31.12. des Jahres	2.091.552.531,41	2.081.328.055,45

Die Freie Hansestadt Bremen hat für die Vermögensrechnung zum 31.12.2014 die Investitionszuweisungen und -zuschüsse aus dem kameralen Buchungsstoff 2014 abgeleitet. Zuweisungen und Zuschüsse, die die o.g. Kriterien zur Bilanzierung erfüllen, sind kameral unter den Investitionsausgaben nach § 13 Abs. 3 Nr. 2g LHO veranschlagt. Aus den investiven Ausgaben der Obergruppen 88 (Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich) und 89 (Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche) wurden die Beträge ermittelt, auf die die o.g. Krite-

rien zutreffen und die daher in diesem Posten zu aktivieren sind. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.

2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	Euro 3.552.653,84
	(31.12.2013: Euro 4.421.383,80)

Voraussetzung für die Aktivierung in diesem Posten ist, dass die immateriellen Anlagegüter:

- » Konzessionen (z. B. öffentlich-rechtliche Genehmigungen),
 - » gewerbliche Schutzrechte (z. B. Patente),
 - » ähnliche Rechte und Werte (z. B. Nutzungsrechte) oder
 - » Lizenzen an solchen Rechten und Werten (z. B. an EDV-Programmen)
- entgeltlich von Dritten erworben wurden.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	4.421.383,80	4.552.590,15
+ Zugänge	+1.197.380,10	+2.110.860,62
- Abgänge	0,00	-59.431,99
- Abschreibungen	-2.066.110,06	-2.182.634,98
Stand 31.12. des Jahres	3.552.653,84	4.421.383,80

Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich überwiegend um von der Freien Hansestadt Bremen erworbene Software bzw. Nutzungsrechte.

II. Sachanlagen

Sachanlagen sind materielle Vermögensgegenstände, die dem öffentlichen Bereich längerfristig zur Verfügung stehen sollen.

Von Dritten erhaltene Zuschüsse zu Gegenständen des Sachanlagevermögens werden auf der Passivseite in den Sonderposten für Investitionen (vgl. Seite 53) eingestellt.

**1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten
einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken**

Euro 109.034,94

(31.12.2013: Euro 114.936,40)

In diesem Posten wird das unbewegliche Sachanlagevermögen, insbesondere das Grund- und Immobilienvermögen ausgewiesen. Dabei werden die Grundstücke und die Bauten gesondert ausgewiesen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	114.936,40	128.953,09
+ Zugänge	0,00	0,00
- Abgänge	0,00	-7.654,08
- Abschreibungen	-5.901,46	-6.362,61
Stand 31.12. des Jahres	109.034,94	114.936,40

Im Rahmen der Übertragung von bisher durch die Freie Hansestadt Bremen wahrgenommenen Aufgaben wurden diese zusammen mit den zur Aufgabenwahrnehmung notwendigen Sachanlagen, im Wesentlichen Grundstücke und Bauten, an Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO (Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) übertragen.

In der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen sind diese übertragenen Wirtschaftsgüter nicht als Bestand in diesem Posten auszuweisen, da die übertragenen Grundstücke und Bauten als Sachanlagevermögen in den Bilanzen der Sondervermögen darzustellen sind. Die Übertragung der Sachanlagen auf die Sondervermögen ist in deren Bilanzen als Zuführung zum Kapital des Sondervermögens durch den „Gesellschafter“ Freie Hansestadt Bremen dargestellt. Der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen wird daher nach wie vor in dem Posten „Finanzanlagen“ ausgewiesen.

In diesem Posten werden die bei der Freien Hansestadt Bremen verbliebenen Gebäude mit den Restwerten ausgewiesen, die im Rahmen einer körperlichen Bestandsaufnahme anhand von Anlagenbestandslisten überprüft wurden. Zu den wenigen Gebäuden, die als Ausnahmen nicht an Sondervermögen übertragen wurden, zählt u.a. eine Zwingeranlage bei der Polizei Bremen.

**2. Technische Anlagen und Maschinen, andere
Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Euro 46.092.568,31

(31.12.2013: Euro 46.812.488,92)

Zu den technischen Anlagen und Maschinen zählen ebenso wie Anlagen und Maschinen, die der Produktion dienen, Energieversorgungsanlagen und Anlagen zur Wärme- bzw. Kältesteuerung. Betriebsvorrichtungen, die nicht mit einem Gebäude in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang stehen (z.B. Aufzüge, Beleuchtungsanlagen und Klimaanlagen), sind ebenfalls in diesem Posten auszuweisen.

Zu anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen alle Einrichtungsgegenstände von Büros und Werkstätten einschließlich der erforderlichen Werkzeuge sowie Arbeitsgeräte, Kraftwagen und Fahrzeuge aller Art (neben den marktgängigen Fahrzeugen gehören hierzu auch Spezialfahrzeuge), Nutztiere (z.B. Polizeihunde) und Nutzpflanzen. Auch Gebäudebestandteile werden hier ausgewiesen, die nicht zu den Bauten oder technischen Anlagen und Maschinen zählen. Dabei handelt es sich insbesondere um Scheinbestandteile, d.h. Gegenstände, die nur zu einem vorübergehenden Zweck in ein Gebäude eingefügt werden.

	Stand 31.12.2013 Euro	+ Zugänge - Abgänge Euro	- Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Technische Anlagen und Maschinen, Betriebsvorrichtungen	7.268.641,16	+ 1.653.200,05 - 2.236,83	- 1.486.758,46	7.432.845,92
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				
» Hardware	3.890.376,03	+ 2.118.524,43 - 355.252,41	- 2.175.656,59	3.477.991,46
» Büroeinrichtungen	7.487.928,59	+ 1.149.353,33	- 775.046,11	7.862.235,81
» Labor- und Werkstatt- einrichtungen	2.357.466,46	+ 457.534,86	- 409.497,36	2.405.503,96
» Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	4.744.902,41	+ 789.923,73 - 5.650,00	- 917.152,35	4.612.023,79
» Fuhrpark	13.069.832,73	+ 1.601.552,34 - 845,83	- 1.703.538,37	12.967.000,87
» Übrige Anlagen	7.993.341,54	+ 3.623.915,91 - 608,10	- 4.281.682,85	7.334.966,50
		+ 11.394.004,65		
	46.812.488,92	- 364.593,17	- 11.749.332,09	46.092.568,31

Die Zugänge Fuhrpark umfassen im Wesentlichen neue Fahrzeuge für Polizei und Feuerwehr.

Die Zugänge bei den übrigen Anlagen betreffen im Wesentlichen geringwertige Wirtschaftsgüter (Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro), Büroeinrichtungsgegenstände sowie Hard- und Software.

3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau **Euro 6.303.878,09**
(31.12.2013: Euro 946.113,06)

Als geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen sind Anzahlungen auf noch nicht gelieferte oder erstellte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit den tatsächlich geleisteten Beträgen (Nennwert) auszuweisen.

Anlagen im Bau bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen mit den gesamten Aufwendungen (Fremd- und Eigenleistungen) für die Herstellung ab. Nach der Fertigstellung sind die Anlagen im Bau in die entsprechenden Posten des Sachanlagevermögens umzugliedern und planmäßig abzuschreiben.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Geleistete Anzahlungen	6.303.878,09	946.113,06

Die geleisteten Anzahlungen setzen sich hauptsächlich aus Anlagen im Bau des Projektes KoPers sowie dem Fuhrpark der Feuerwehr zusammen.

III. Finanzanlagen

Finanzanlagen umfassen insbesondere Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere und Sondervermögen, die längerfristig, d.h. mehr als ein Jahr, im Vermögen verbleiben. Einheiten, auf die die Gebietskörperschaft einen beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss ausübt, werden im Einzelabschluss in dem Posten „Finanzanlagen“ als Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen oder Beteiligungen ausgewiesen. Sie sind mit den Anschaffungskosten für den Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Unternehmen und Einrichtungen zu bewerten. Abwertungen durch Abschreibung sind nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorzunehmen.

Bei den Finanzanlagen sehen die Standards staatlicher Doppik eine Berücksichtigung der Wertminderung vor, wenn diese voraussichtlich von Dauer ist. Unternehmen und Einrichtungen, die zum Zeitpunkt 31.12.2009 ein dauerhaft negatives Eigenkapital ausweisen, werden daher nicht als Finanzanlage ausgewiesen. Die Werthaltigkeit der Finanzanlagen wurde im Rahmen der Erstellung des doppischen Jahresabschlusses 2014 erneut überprüft und bei dauerhaften Wertminderungen wurden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	Euro 1.935.906.554,08
	(31.12.2013: Euro 1.319.558.660,27)

INFO:
> 50% Anteil am
Eigenkapital

Als verbunden gelten die Unternehmen und Einrichtungen, über die die Freie Hansestadt Bremen einen beherrschenden Einfluss ausübt bzw. ausüben könnte. Dazu gehören alle Unternehmen und Einrichtungen, an denen diese einen Anteil von mehr als 50% am Eigenkapital des Unternehmens bzw. der Einrichtung hält. Als staatliche Besonderheit werden Eigenbetriebe, Sondervermögen mit eigenverantwortlicher Betriebsleitung und Stiftungen öffentlichen Rechts, auf die ein beherrschender Einfluss besteht, ebenfalls in diesem Posten ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2013 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Ausbildungsgesellschaft				
Bremen mbH	94.878,96	0,00	0,00	94.878,96
Besitzgesellschaft				
Science Center Bremen GmbH	2.117.086,91	0,00	0,00	2.117.086,91
botanika GmbH	8.597.661,76	0,00	-3.625.769,89	4.971.891,87
Bremen Online Services				
Beteiligungs GmbH	21.989,49	0,00	0,00	21.989,49
Bremen online GmbH	153.654,17	0,00	0,00	153.654,17
Bremenports Beteiligungs GmbH	24.989,00	0,00	0,00	24.989,00
Bremer Bäder GmbH	2.313.432,78	0,00	0,00	2.313.432,78
Bremer Lagerhaus				
Gesellschaft AG von 1877	7.917.745,42	0,00	0,00	7.917.745,42
Bremer Lagerhaus Logistics				
Group AG & Co. KG	255.575.350,40	0,00	0,00	255.575.350,40
Bremer Ratskeller GmbH	811.610,66	-811.610,66	0,00	0,00
Bremer Verkehrs- gesellschaft mbH	90.840.234,25	+649.401.431,88 -33.438.038,11	0,00	706.803.628,02
Facility Management				
Bremen GmbH	135.529,47	0,00	0,00	135.529,47
Fähren Bremen- Stedingen GmbH	2.309.549,16	0,00	0,00	2.309.549,16
Fischereihafen- Betriebsgesellschaft mbH	333.005,30	0,00	0,00	333.005,30
Flughafen Bremen GmbH	89.905.971,76	0,00	0,00	89.905.971,76
Focke-Museum	2.609.573,61	0,00	0,00	2.609.573,61
Gesundheit Nord gGmbH	122.233.176,02	+3.000.000,00	0,00	125.233.176,02
Großmarkt Bremen GmbH	7.810.504,53	+1.821.880,59	0,00	9.632.385,12
Grundstücksentwicklungsgesell- schaft Klinikum Bremen-Mitte				
Beteiligungen mbH	25.130,18	0,00	0,00	25.130,18
Hanseatische Natur- entwicklung GmbH	195.584,50	0,00	0,00	195.584,50
Hanseatische Wohnungs- Beteiligungs-Gesellschaft mbH	5.278.780,51	0,00	0,00	5.278.780,51
Hochschule Bremen	71.141.559,43	0,00	0,00	71.141.559,43
Hochschule Bremerhaven	27.517.044,34	0,00	0,00	27.517.044,34
Hochschule für Künste Bremen	34.150.250,53	0,00	0,00	34.150.250,53
Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts	1.193.641,98	0,00	0,00	1.193.641,98
KiTa Bremen	1.497.080,09	0,00	0,00	1.497.080,09
Musikschule Bremen	312.302,34	0,00	0,00	312.302,34

INFO:
Die botanika
GmbH ist die
Nachfolgerin der
Rhododendronpark
GmbH

	Stand 31.12.2013 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Performa Nord (Eigenbetrieb)	5.631.348,23	0,00	0,00	5.631.348,23
Performa Nord GmbH	81.254,19	0,00	0,00	81.254,19
Staats- und Universitätsbibliothek	5.690.956,05	0,00	0,00	5.690.956,05
Stadtbibliothek Bremen	870.321,79	0,00	0,00	870.321,79
Übersee-Museum	5.238.532,68	0,00	0,00	5.238.532,68
Umweltbetrieb Bremen	149.001.583,83	0,00	0,00	149.001.583,83
Universität Bremen	247.251.512,68	0,00	0,00	247.251.512,68
Werkstatt Bremen	51.676.575,09	0,00	0,00	51.676.575,09
Werkstatt Nord gGmbH	333.884,94	0,00	0,00	333.884,94
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	118.665.373,24	0,00	0,00	118.665.373,24
	1.319.558.660,27	+619.973.663,70	–3.625.769,89	1.935.906.554,08

Die Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen werden, da sie nicht durch eine eigenverantwortliche Betriebsleitung vertreten werden, in dem Posten Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

Zur Verstärkung des Eigenkapitals stellte die FHB (Stadt) eine Einlage in die Kapitalrücklage der Gesundheit Nord gGmbH. Die Bremer Ratskeller GmbH wurde rückwirkend zum 01.01.2013 auf die Großmarkt Bremen GmbH verschmolzen und wird daher an dieser Stelle nicht mehr aufgeführt. Für die Großmarkt Bremen GmbH bedeutete die Verschmelzung eine Erhöhung des Eigenkapitals. Bei der Besitzgesellschaft botanika GmbH wurde auf Grund negativer Jahresergebnisse eine Überprüfung der Werthaltigkeit vorgenommen. Hier waren entsprechend den Standards staatlicher Doppik Abschreibungen vorzunehmen.

2. Beteiligungen

Euro 108.558.353,43

(31.12.2013: Euro 108.548.353,43)

INFO:
≤ 50% und
≥ 20% Anteil
am Eigenkapital

Als Beteiligung gelten in der Regel Anteile der Freien Hansestadt Bremen an Unternehmen und Einrichtungen, die insgesamt 20%, aber nicht 50% des Eigenkapitals des Unternehmens oder der Einrichtung überschreiten. Anteile an Personengesellschaften (z. B. KG, OHG) werden unabhängig vom prozentualen Anteil am Eigenkapital grundsätzlich in diesem Posten ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2013 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Bremen Online Services Entwicklungs- und Betriebs- gesellschaft mbH & Co. KG	1.693.474,60	0,00	0,00	1.693.474,60
bremenports GmbH & Co. KG	250.000,00	0,00	0,00	250.000,00
Bremer Philharmoniker GmbH	23.099,81	0,00	0,00	23.099,81
Bremer Theater Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG	412.321,11	0,00	0,00	412.321,11
Bremer Toto und Lotto GmbH	1.427.523,90	+10.000,00	0,00	1.437.523,90
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS)	663.693,09	0,00	0,00	663.693,09
Columbus Cruise Center Bremerhaven GmbH	191.005,53	0,00	0,00	191.005,53
Gesundheit Nord Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	45.175.861,87	0,00	0,00	45.175.861,87
hanseWasser Bremen GmbH	18.689.147,77	0,00	0,00	18.689.147,77
Institut für angewandte Systemtechnik Bremen GmbH	110.402,23	0,00	0,00	110.402,23
JadeWeserPort Beteiligungs- gesellschaft mbH & Co. KG	39.740.393,43	0,00	0,00	39.740.393,43
JadeWeserPort Realisierungs- Beteiligungsgesellschaft mbH	28.726,92	0,00	0,00	28.726,92
nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH	131.669,81	0,00	0,00	131.669,81
ZOB Zentral-Omnibus- Bahnhof GmbH	11.033,36	0,00	0,00	11.033,36
	108.548.353,43	+10.000,00	0,00	108.558.353,43

Der Anteil der FHB (Land) an der Bremer Toto und Lotto GmbH erhöhte sich durch einen weiteren Anteilserwerb.

3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Euro 2.564.686.157,62

(31.12.2013: Euro 2.584.371.722,10)

In diesem Posten wird der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2013 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2014 Euro
SV Fischereihafen	57.471.004,43	0,00	0,00	57.471.004,43
SV Gewerbegebäuden	208.871.921,46	0,00	0,00	208.871.921,46
SV Hafen	364.002.999,23	0,00	0,00	364.002.999,23
SV Immobilien und Technik	581.923.973,31	0,00	-19.685.564,48	562.238.408,83
SV Infrastruktur	1.319.563.465,18	0,00	0,00	1.319.563.465,18
SV Kommunale Abfallentsorgung	1.100.286,62	0,00	0,00	1.100.286,62
SV Überseestadt	51.438.071,87	0,00	0,00	51.438.071,87
	2.584.371.722,10	0,00	-19.685.564,48	2.564.686.157,62

Beim SV Immobilien und Technik wurde aufgrund negativer Jahresergebnisse eine Überprüfung der Werthaltigkeit vorgenommen. Hier waren entsprechend den Standards staatlicher Doppik Abschreibungen vorzunehmen.

5. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen) Euro 1.438.028.468,49

(31.12.2013: Euro 1.314.778.097,11)

INFO:
< 20% Anteil am
Eigenkapital

Unter diesen Posten fallen alle restlichen Finanzanlagen des Anlagevermögens mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Dazu gehören z. B. in Darlehensform gewährte Zuwendungen und Kapitalanteile an Unternehmen und Einrichtungen, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Die aus den Ausleihungen resultierenden Zinsansprüche sind nicht hier, sondern als Forderungen im Umlaufvermögen auszuweisen.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2013 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Sonst. Anteilsrechte				
Aareal Bank AG	412.560,00	0,00	0,00	412.560,00
Bremer Energie- Konsens GmbH	92.034,16	0,00	0,00	92.034,16
BREPARK GmbH	459.609,36	0,00	0,00	459.609,36

	Stand 31.12.2013 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts	4.452.187,28	0,00	-2.034.707,97	2.417.479,31
DEGES Berlin	6.858,42	0,00	0,00	6.858,42
DZHW – Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissen- schaftsforschung GmbH	0,00	+500,00	0,00	500,00
ekz.bibliotheksservice GmbH	177.755,38	0,00	0,00	177.755,38
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	54.576,18	0,00	0,00	54.576,18
HIS Hochschul- Informations-System GmbH	33.863,23	-33.863,23	0,00	0,00
HIS e. G. – Hochschul- Informations-System e. G.	0,00	+5.000,00	0,00	5.000,00
InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik	243.147,26	0,00	0,00	243.147,26
IWF Wissen und Medien gGmbH	5.112,92	0,00	0,00	5.112,92
Kreditanstalt für Wiederaufbau	43.299.300,00	0,00	0,00	43.299.300,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	85.735,45	0,00	-27.360,48	58.374,97
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH	2.732,69	0,00	0,00	2.732,69
Münchner Hypothekenbank eG	140,00	0,00	0,00	140,00
	49.325.612,33	-28.363,23	-2.062.068,45	47.235.180,65
Übrige sonst. Ausleihungen				
an Gemeinden / Gemeindeverbände	272.310.000,00	+169.033.125,00	0,00	441.343.125,00
an Zweckverbände	-14.900,00	0,00	0,00	-14.900,00
an sonst. öffentl. Sonderrechnungen	993.157.384,78	-43.692.321,94	0,00	949.465.062,84
» SV Bremer Kapitaldienstfonds	53.944.168,11	-11.416.400,00	0,00	42.527.768,11
» SV Entsorgungsbetriebe Bremerhaven	23.135.000,00	+8.280.000,00	0,00	31.415.000,00
» SV Hafen	743.606.381,86	-28.385.956,22	0,00	715.220.425,64
» SV Immobilien und Technik	172.471.834,81	-12.169.965,72	0,00	160.301.869,09
	1.265.452.484,78	+125.340.803,06	0,00	1.390.793.287,84
	1.314.778.097,11	+125.312.439,83	-2.062.068,45	1.438.028.468,49

Seit Mai 2014 ist die HIS eine eingetragene Genossenschaft. Bis dahin firmierte sie unter der Bezeichnung HIS GmbH. Im Vorfeld der Umfirmierung wurden Teilbereiche der HIS GmbH in die eigens hierfür gegründete DZHW GmbH ausgegliedert. Bei Dataport sowie bei der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH wurde aufgrund negativer Jahresergebnisse eine Überprüfung der Werthaltigkeit vorgenommen. Hier waren entsprechend den Standards staatlicher Doppik Abschreibungen vorzunehmen.



Wallanlagen – Mühle am Wall

B. UMLAUFVERMÖGEN

I. Vorräte

Vorräte	Euro 223.174,26
	(31.12.2013: Euro 238.528,02)

Als Vorräte werden alle auf Lager, in Arbeit oder unterwegs befindlichen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens ausgewiesen, die für die Leistungserstellung notwendig, aber noch nicht verbraucht sind oder die als Erzeugnis bzw. Leistung zum Verkauf bestimmt sind. Sogenanntes Verbrauchsmaterial wie z. B. Büromaterial wird nicht als Vorratsvermögen ausgewiesen, da bei diesen Materialien ein sofortiger Verbrauch unterstellt wird.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Materialbestand Polizei	74.598,08	81.026,26
Betriebshof Amt für Straßen und Verkehr	148.576,18	157.501,76
	223.174,26	238.528,02

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten, d.h. mit dem Nennwert, angesetzt.

1. Forderungen aus Steuern	Euro 145.739.000,00
	(31.12.2013: Euro 147.807.000,00)

Die Gebietskörperschaft, die die Verwaltungshoheit über die Steuern besitzt, weist die Forderungen aus Steuern zum Bilanzstichtag in voller Höhe aus. Forderungen aus steuerlichen Nebenleistungen sind ebenfalls anzusetzen. Bei den Stadtstaaten werden zudem Forderungen aus den örtlichen Gemeindesteuern und -steueranteilen ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Steuern erfolgt, soweit die nach § 38 Abgabenordnung entstandenen Steueransprüche am Bilanzstichtag hinreichend konkretisiert sind.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Lohnsteuer	2.626.000,00	3.056.000,00
Veranlagte Einkommensteuer	61.783.000,00	60.539.000,00
Körperschaftsteuer	4.278.000,00	4.238.000,00
Umsatzsteuer	52.150.000,00	62.321.000,00
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	231.000,00	712.000,00
Grunderwerbsteuer	1.244.000,00	1.477.000,00
Erbschaftsteuer	12.863.000,00	7.951.000,00
Kraftfahrzeugsteuer	0,00	664.000,00
Übrige Besitz- und Verkehrsteuern	35.000,00	151.000,00
Solidaritätszuschlag	3.750.000,00	3.904.000,00
Grundsteuer	1.178.000,00	1.210.000,00
Deichbeitrag	14.000,00	14.000,00
Gewerbesteuer	5.130.000,00	1.263.000,00
Landwirtschaftskammerbeitrag	5.000,00	5.000,00
Vergnügungssteuer	415.000,00	265.000,00
Zweitwohnungsteuer	17.000,00	23.000,00
Hundesteuer	20.000,00	14.000,00
	145.739.000,00	147.807.000,00

Seit 2014 ist die Bundeszollverwaltung für die Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Kraftfahrzeugsteuer zuständig.

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Euro 156.055.408,12
	(31.12.2013: Euro 137.620.791,15)

Ausgewiesen werden Forderungen, denen eine Lieferung oder eine Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	258.468.469,38	247.368.721,66
abzgl. Forderungen innerhalb der		
Kernverwaltung (Innenumsätze)	-80.681.797,19	-88.070.234,21
	177.786.672,19	159.298.487,45
abzgl. Pauschalwertberichtigung	-21.731.264,07	-21.677.696,30
	156.055.408,12	137.620.791,15

In dem Gesamtbetrag der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind auch die Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (sogenannte Innenumsätze) enthalten. In der vorstehenden Aufstellung ist dieser Betrag in dem Gesamtbetrag der Forderungen enthalten und wird vor Ermittlung der Pauschalwertberichtigung von den Forderungen abgesetzt.

Für die korrigierten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde eine Pauschalwertberichtigung ermittelt. Die Forderungen wurden nach dem Jahr der Entstehung gerastert und die jeweilige Werthaltigkeit durch entsprechend gestaffelte Abschläge auf den Nominalwert der Forderung ermittelt. Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausfallrisiken der Freien Hansestadt Bremen wurde ein möglichst realitätsnaher Abschlag ermittelt.

Sofern in Einzelfällen eine vom Pauschalwert abweichende geringere Werthaltigkeit unterstellt wurde, ist diese in die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung eingeflossen.

3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen

Euro 566.196.763,90

(31.12.2013: Euro 441.061.863,52)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Sonstige Forderungen an		
» Stiftungen öffentlichen Rechts	433.665,09	491.571,90
» Anstalten öffentlichen Rechts	418.206.873,74	338.130.985,51
» Eigenbetriebe	1.437.598,53	1.111.189,70
» Gesellschaften	83.638.527,69	45.806.103,11
» Sonderhaushalte	62.480.098,85	55.522.013,30
	566.196.763,90	441.061.863,52

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

**4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne
eigenverantwortliche Betriebsleitung**

Euro 87.275.575,45

(31.12.2013: Euro 115.225.982,83)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Sonstige Forderungen an		
» SV Immobilien und Technik	84.079.125,33	108.732.682,49
» SV Bremer Kapitaldienstfonds	3.196.450,12	6.493.300,34
	87.275.575,45	115.225.982,83

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die Sondervermögen erfasst wird.

**5. Forderungen aus der Steuerverteilung
und Finanzausgleichsbeziehungen**

Euro 101.735.576,20

(31.12.2013: Euro 156.097.209,70)

In diesem Posten werden Forderungen aus der Steuerverteilung (Steuerzerlegung und Beträge, die der Freien Hansestadt Bremen aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehen) und Forderungen aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und kommunaler Finanzausgleich) ausgewiesen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Steuerverteilung	1.735.576,20	1.183.450,48
Finanzausgleichsbeziehungen:		
» Länderfinanzausgleich IV	0,00	54.913.759,22
» Konsolidierungshilfe lfd. Jahr	100.000.000,00	100.000.000,00
	101.735.576,20	156.097.209,70

Für das Jahr 2014 hat Bremen einen Anspruch auf Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro. Davon werden 200 Mio. Euro im laufenden Jahr gezahlt und die verbleibenden 100 Mio. Euro erst im Folgejahr. Im doppelten Jahresabschluss 2014 werden die 300 Mio. Euro in der Erfolgsrechnung als Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen ausgewiesen. In der Vermögensrechnung werden die 200 Mio. Euro gezahlten Hilfen als Zugang auf dem entsprechenden Bankkonto berücksichtigt. Die restlichen 100 Mio. Euro stellen somit eine Forderung dar, die an dieser Stelle auszuweisen ist.

6. Sonstige Vermögensgegenstände	Euro 697.142.077,92
	(31.12.2013: Euro 494.554.918,12)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurzfristigen sonstigen Forderungen gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u.a. Forderungen gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Forderungen im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensforderungen sowie alle übrigen sonstigen Vermögensgegenstände.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Darlehensforderungen:		
» Gegen den öffentlichen Bereich	37.133.225,01	54.576.039,37
» Gegen den übrigen Bereich	40.415.959,57	266.230.345,81
Übrige sonstige Vermögensgegenstände:		
» Geldtransit- und Verrechnungskonten	585.371.308,47	126.853.602,97
» Debitorische Kreditoren	28.044.705,99	41.664.802,05
» Übrige sonstige Vermögensgegenstände	6.176.878,88	5.230.127,92
	697.142.077,92	494.554.918,12

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	Euro 1.530.570.844,08
	(31.12.2013: Euro 633.225.291,75)

In diesem Posten werden das in den Haupt- und Nebenkassen befindliche Bargeld, Guthaben bei der Bundesbank und bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Schecks, die noch nicht bei den Kreditinstituten zur Gutschrift eingereicht wurden, ausgewiesen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Kassenbestand	153.615,76	145.868,42
Guthaben bei Kreditinstituten:		
» Landeszentralbank	10.768.523,28	0,00
» Bremer Landesbank	34.499.395,10	37.373.535,87
» Postbank	122.212,31	60.129,89
» Sparkassen	2.354.802,87	3.469.145,94
» Kassenkredite Besicherung	1.482.672.294,76	592.176.611,63
	1.530.570.844,08	633.225.291,75

Als Kassenbestand werden die dezentral verwalteten Handkassen (Handvorschüsse) ausgewiesen. Die in der Buchführung ausgewiesenen Bestände werden mit den Aufzeichnungen vor Ort abgestimmt.

Die Salden der einzelnen Kreditinstitute wurden mit den jeweiligen Bankauszügen zum Bilanzstichtag abgestimmt und unter Berücksichtigung der unterwegs befindlichen Gelder (Schwebe- posten) als Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Aktive Rechnungsabgrenzung	Euro 55.070.329,59
	(31.12.2013: Euro 38.359.939,89)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Beamtenbesoldung Januar des Folgejahres	41.957.444,78	36.745.001,32
Agio/Disagio	13.090.261,61	1.614.938,57
Mitaufwand Januar des Folgejahres	22.623,20	0,00
	55.070.329,59	38.359.939,89

Die Vorjahresabweichung bei der Beamtenbesoldung ist durch die Nachzahlungen aufgrund der Besoldungsanpassung begründet. 2014 fand erstmals eine aktive Rechnungsabgrenzung eines Mitaufwandes statt.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	Euro 17.865.086.082,78
	(31.12.2013: Euro 17.836.459.884,63)

Zum Stichtag übersteigt die Summe der Schuldbuchungen die Summe der als Vermögensgegenstände auszuweisenden Beträge. Dieser Betrag ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzter Posten auf der Aktivseite unter der Bezeichnung Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auszuweisen.

Die Ermittlung und Entwicklung des in diesem Posten auszuweisenden Betrages ist in den Erläuterungen zum Posten Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen dargestellt.

Erläuterungen zur Vermögensrechnung

» Passiva

A. EIGENKAPITAL

Eigenkapital	Euro 0,00
	(31.12.2013: Euro 0,00)

In der Vermögensrechnung der Gebietskörperschaft wird das Eigenkapital rechnerisch als Nettoposition aus der Differenz zwischen Aktivvermögen und Schulden ermittelt. Neben der Nettoposition können ggf. noch weitere Eigenkapitaluntergliederungen aufgeführt werden, die im Folgenden näher erläutert werden.

Wenn die Schulden das Aktivvermögen übersteigen, führt dies zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag, der auf der Aktivseite der Bilanz aufgeführt wird. Der Fehlbetrag kann ggf. auch untergliedert werden.

Das Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
I. Nettoposition	-13.817.600.166,45	-13.817.600.166,45
II. Gewinnrücklagen	139.078.711,87	165.048.388,93
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-3.455.919.193,85	-2.252.769.801,97
IV. Jahresergebnis	-535.224.532,39	-1.240.642.038,11
V. Ergebnisverwendung	<u>60.014.333,47</u>	<u>37.492.646,23</u>
	-17.609.650.847,35	-17.108.470.971,37
Veränderungen durch Bestandsanpassungen		
in den Vorjahren	-727.988.913,26	-554.227.905,21
im lfd. Jahr		
» Anteile an verbundenen Unternehmen		
und Einrichtungen		
» Verschm. Bremer Ratskeller/Großmarkt	1.010.269,93	
» Umwandlung stille Anteile BLB	480.592.318,86	
» Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH		
-Verschmelzung		-215.310,53
-Schwebeposten		-6.121.053,71
» Auflösung GBI		
» Ausleihungen/Darlehensforderungen	-9.048.910,96	-21.624.640,43
» Darlehensverbindlichkeiten		-145.800.003,38
davon Schuldübernahmen		-110.800.000,00
	-17.865.086.082,78	-17.836.459.884,63
Ausweis in dem Posten:		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	17.865.086.082,78	17.836.459.884,63

I. Nettoposition

Nettoposition	Euro – 13.817.600.166,45
	(31.12.2013: Euro – 13.817.600.166,45)

Ausgewiesen wird das konstante Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen. Dieser Wert stellt den Saldo aus Anlage- und Umlaufvermögen, aktiver Rechnungsabgrenzung, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiver Rechnungsabgrenzung zum Eröffnungsbilanzstichtag dar. Dieser Wert bleibt in der Regel in den Folgejahren unverändert.

Eine Ausnahme für die Änderung der Nettoposition ergibt sich aus der Notwendigkeit, Wertansätze, die für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zugrunde gelegt wurden, zu ändern.

II. Gewinnrücklagen (Verwaltungsrücklagen)

Gewinnrücklagen (Verwaltungsrücklagen)	Euro 139.078.711,87
	(31.12.2013: Euro 165.048.388,93)

Gewinnrücklagen ergeben sich aus zurückbehaltenen Überschüssen in der Erfolgsrechnung. Diese doppischen Rücklagen sind nicht mit dem kameralen Rücklagenbegriff gleichzusetzen, der in der Regel die Sicherung der Zahlungsfähigkeit beinhaltet.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung werden Gewinnrücklagen als Verwaltungsrücklagen bezeichnet und finden ihre Ausprägung in gebundenen oder freien Rücklagen. In der öffentlichen Verwaltung dürfen gebundene Rücklagen für bestimmte, der Art und der (absoluten oder relativen) Höhe nach durch Gesetz oder Verwaltungsanweisungen festgelegte künftige Ereignisse und Maßnahmen (z.B. Rücklagen für Großprojekte) oder zum Ausgleich künftiger Verluste gebildet werden. Daneben können freie/allgemeine Rücklagen gebildet werden, die der Verwaltung unter Berücksichtigung des Budgetrechts des Parlamentes Möglichkeiten der Verwendung in Folgejahren eröffnen.

Aus haushaltsrechtlicher Sicht ist zu beachten, dass nicht die Bildung einer Rücklage, sondern die Inanspruchnahme zu Liquiditätsabflüssen führt. Um diese planen zu können und um das Budgetrecht des Parlamentes zu wahren, ist in den jährlichen Haushaltserklärungen die Bildung und die beabsichtigte Inanspruchnahme einer Rücklage zu veranschlagen.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Abwasserabgabe-Rücklage	4.824.436,76	6.933.175,59
Arbeitnehmerbeiträge nach dem Bremischen Ruhelohngesetz	12.648.741,05	11.803.094,46
Ausgleichsabgaben für Eingriffe in Natur und Landschaft	1.343,42	1.343,42
Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	7.696.829,29	8.928.177,92
Budgetrücklage Hansestadt Bremisches Hafenamt	234.000,01	234.000,01
Erneuerungsrücklage Fischereihafen Betriebs- und Entwicklungsgesellschaft Bremerhaven	293.445,67	293.445,67
Rücklage Kriegsopferfürsorge	322.546,76	463.731,32
Rücklage Saubere Stadt	22.301,12	22.961,32
Sonderrücklage Deichschutz Bremerhaven	4.651.486,32	4.060.457,30
Sonderrücklage ReSoSta	0,00	662.259,77
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	89.345,00	89.945,00
Sonderrücklage Kajen Fischereihafen	1.676.000,00	1.676.000,00
Wasserentnahmegerühr Rücklage	9.766.338,11	10.559.134,85
EFRE 2007–2013	0,00	267.281,74
EFRE 2007–2013 Bescheinigungsstelle	8.484.660,92	29.416.486,39
Kassenverstärkungs- und allgemeine Ausgleichsrücklage	16.340.452,11	16.340.452,11
Rücklage für Diskontkredite	436.250,00	436.250,00
Rücklage allgemeine Finanzen	12.851.130,27	12.638.106,06
Budgetrücklage allgemeine Finanzen	0,00	152.183,87
Budgetrücklagen Ressorts	58.739.405,06	60.069.902,13
	139.078.711,87	165.048.388,93

III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag

Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Euro –3.455.919.193,85
	(31.12.2013: Euro –2.252.769.801,97)

In Abgrenzung zum Jahresergebnis des laufenden Jahres (Überschuss oder Fehlbetrag) beinhaltet diese Position in der Regel das kumulierte Jahresergebnis aus den Vorjahren.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	-2.252.769.801,97	-1.489.361.820,48
Jahresergebnis des Vorjahres:		
» Jahresfehlbetrag	-1.240.642.038,11	-796.960.309,15
» Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-43.447.825,01	-46.453.437,27
» Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	80.940.471,24	80.005.764,93
Stand 31.12. des Jahres	-3.455.919.193,85	-2.252.769.801,97

IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	Euro -535.224.532,39
	(31.12.2013: Euro -1.240.642.038,11)

Der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag ist eine in der abgelaufenen Rechnungsperiode erwirtschaftete Größe, die sich aus der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge der Erfolgsrechnung ergibt.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Jahresergebnis:		
» Jahresfehlbetrag	-535.224.532,39	-1.240.642.038,11

V. Ergebnisverwendung

Ergebnisverwendung	Euro 60.014.333,47
	(31.12.2013: Euro 37.492.646,23)

Nach Ermittlung des Jahresergebnisses der abgelaufenen Rechnungsperiode werden die im Haushaltsjahr vorgenommenen Entnahmen aus den und Einstellungen in die Gewinnrücklagen gesondert ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
» Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-34.853.095,35	-43.447.825,01
» Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	94.867.428,82	80.940.471,24
	60.014.333,47	37.492.646,23

B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN

Sonderposten für Investitionen	Euro 449.812.014,67
	(31.12.2013: Euro 465.826.702,31)

In diesem Posten werden die der Freien Hansestadt Bremen von anderen Gebietskörperschaften oder von Dritten zugeflossenen Zuweisungen und Zuschüsse, die zur Finanzierung aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände bestimmt sind, ausgewiesen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	465.826.702,31	481.711.145,33
+ Zugänge	+10.878.077,99	+10.580.301,66
- Auflösung	-26.892.765,63	-26.464.744,68
Stand 31.12. des Jahres	449.812.014,67	465.826.702,31

Die Freie Hansestadt Bremen hat die Sonderposten für Investitionen aus dem kameralen Buchungsstoff 2014 abgeleitet und die Beträge aus den investiven Ausgaben der Obergruppen 33 (Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich) und 34 (Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen) ermittelt. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.

C. RÜCKSTELLUNGEN

Für Verpflichtungen, die dem Grunde nach hinsichtlich des Auszahlungszeitpunktes oder der Höhe nach noch nicht bestimmt und die bis zum Bilanzstichtag wirtschaftlich verursacht sind, werden grundsätzlich Rückstellungen gebildet.

I. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	Euro 7.590.126.000
	(31.12.2013: Euro 7.207.781.000,00)

Gemäß den Standards staatlicher Doppik sind für Beamte und andere nach Bundes- oder Landesrecht versorgungsberechtigte Personen Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen für die Zeit ihres Ruhestandes und ähnliche Verpflichtungen anzusetzen. Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen erfolgt nach versicherungsmathematischen Regeln unter Verwendung geeigneter Generationensterbetafeln. Sie ist für Personen vorzunehmen, denen nach beamtenrechtlichen Vorschriften nach Ablauf der vorgeschriebenen Mindestdienstzeit ein Anspruch auf Versorgung gewährt werden kann. Für bereits laufende Leistungen und unverfallbare Anwartschaften pensionierter oder ausgeschiedener Beamter ist der Barwert der Verpflichtung anzusetzen. Bei aktiven Beamten ist eine Verteilung über die gesamte Dienstzeit auf der Grundlage des Teilwertverfahrens vorzunehmen. Dabei sind erwartete Pensions- und Rentenanpassungen, Besoldungs- und Entgeltsteigerungen auf Basis des Durchschnittsprozentsatzes, der jeweils aus der Steigerung der vergangenen sieben Jahre ermittelt wird, zu berücksichtigen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind pauschal mit einem Zinssatz von 3,95 % p. a. abzudiskontieren. Der Zinssatz wird jährlich durch das Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens (§ 49a HGrG) überprüft und bei Abweichung von mehr als 0,5 Prozentpunkten vom Referenzzinssatz durch das Gremium entsprechend angepasst.

Abweichend von den Standards staatlicher Doppik wurde für zukünftige Pensions- und Rentenanpassungen sowie Besoldungs- und Entgeltsteigerungen bei den Tarifbeschäftigten eine Anpassung wie im Bremischen Ruhelohngesetz von 1% jährlich vorgesehen sowie bei den aktiv und passiv beschäftigten Beamten entsprechend den Rechenmodellen der FöKoII bis 2014 eine jährliche Steigerungsrate in Höhe von 0,9% und danach 1,5% unterstellt. Sofern für zukünftige Jahre bereits abweichende Realanpassungen beschlossen wurden, werden diese in der Berechnung berücksichtigt.

Entwicklung Berichtsjahr 2014

	Stand 31.12.2013 Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Pensionsrückstellung:			
» Passive	4.721.110.000,00	294.744.000,00	5.015.854.000,00
» Aktive	2.131.341.000,00	64.758.000,00	2.196.099.000,00
Beihilfen und Unterstützungen	355.330.000,00	22.843.000,00	378.173.000,00
	7.207.781.000,00	382.345.000,00	7.590.126.000,00

Die Bildung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen zeigt im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen die Belastung zukünftiger Rechnungsperioden auf, die der Freien Hansestadt Bremen durch die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber leistungsberechtigten Versorgungsempfängern aus heutiger Sicht entstehen werden und somit den finanziellen Rahmen zukünftiger Haushaltjahre beeinflussen.

II. Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen	Euro 90.569.830,83
	(31.12.2013: Euro 117.337.209,21)

In diesem Posten werden alle übrigen Rückstellungen ausgewiesen. Dazu gehören u.a. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, Prozesskosten, Schadenersatz, Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen, Drohverluste und Personalaufwand.



Weserburg Museum für moderne Kunst

Entwicklung Berichtsjahr 2014:

	Stand 01.01.2014 Euro	V A	Verbrauch Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Rückstellungen für					
» Ausstehende Rechnungen	11.709.000,00	V	11.709.000,00	11.208.704,83	11.208.704,83
» Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung	687.000,00	A	7.000,00		680.000,00
» Prozesskosten	190.000,00	A	80.000,00		110.000,00
» Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche	925.000,00	A	608.000,00		317.000,00
» Personalaufwand:					
– Altersteilzeit	78.697.000,00	A	26.191.442,33		52.505.557,67
– nicht genommener Urlaub	24.980.000,00	A	1.390.000,00		23.590.000,00
– Sabbatical	0,00			2.009.359,12	2.009.359,12
» Verpflichtung ausgesch. Mitarb.	149.209,21				149.209,21
		V	11.709.000,00		
		A	28.276.442,33		
	117.337.209,21		39.985.442,33	13.218.063,95	90.569.830,83

Erstmalig wurde in diesem Geschäftsjahr eine Rückstellung für Sabbatical gebildet.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen

Für Eingangsrechnungen für Lieferungen und sonstige Leistungen, die im abgelaufenen Jahr bis zur Aufstellung der Vermögensrechnung noch nicht eingegangen sind, werden in Höhe der voraussichtlichen Rechnungsbeträge Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet, soweit die Rechnungsbeträge bei rechtzeitigem Eingang als Aufwand zu erfassen gewesen wären.

Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen

Bei den Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung wurde für die bestehenden Bürgschaftsverpflichtungen die durchschnittliche Ausfallquote der letzten fünf Jahre ermittelt und diese auf den Bestand des bremischen Anteils am Gesamtrisiko aus den Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12.2014 angewandt. Unter diesem Posten sind auch Rückstellungen für negative Eigenkapitalwerte von verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen und Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung anzusetzen, wenn eine Inanspruchnahme aus Haftungsgründen droht. Entsprechende Verpflichtungen, die dem Grunde und/oder der Höhe nach feststehen, sind als Verbindlichkeiten auszuweisen.

Rückstellungen für Prozesskosten

In den Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Gerichtsprozessen, in denen die Freie Hansestadt Bremen als Klägerin oder Beklagte auftritt, wurden die voraussichtlichen Kosten für die laufende Instanz berücksichtigt. Diese beinhalten im Wesentlichen die Ansprüche der Gegenseite sowie die zu erwartenden Vorbereitungs- und Durchführungskosten. Abwei-

chend von den Standards staatlicher Doppik wurden aus Vereinfachungsgründen jedoch nur anstehende Prozesse mit einem Streitwert von über 100.000 Euro geprüft.

Rückstellungen für Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche

Für gesetzliche bzw. vertragliche Schadenersatzverpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme des zum Bilanzstichtag 31.12.2014 entstandenen Schadens zu bilden, wenn das Bestehen der Verbindlichkeit und die Inanspruchnahme wahrscheinlich sind.

In der Freien Hansestadt Bremen ist bei der Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Haftpflichtansprüchen nach Stadt und Land zu trennen. Für das kommunale Haftpflichtrisiko sind keine Rückstellungen zu bilden, da dieses in unbegrenzter Höhe durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt ist. Das staatliche Haftpflichtrisiko ist bis zu einem Betrag von 100.000 Euro durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt. Für das staatliche Haftpflichtrisiko wurden Rückstellungen deshalb lediglich für die über diesen Betrag hinausgehenden Beträge gebildet, wenn die Haftpflichtschadenersatzansprüche gegenüber der Freien Hansestadt Bremen unstrittig sind.

Rückstellungen für Personalaufwand

In den Rückstellungen für Personalaufwand sind die Verpflichtungen aus Altersteilzeit, Sabbatjahren, nicht genommenem Urlaub sowie aus Überstunden und Gleitzeitguthaben auszuweisen.

» Altersteilzeit

Bei der Rückstellungsberechnung ist auf eine getrennte Ermittlung der Erfüllungs- und der Aufstockungsrückstellung abzustellen. Unter anderem wurde eine Auflösung bei der Altersteilzeitrückstellung vorgenommen, da die Anzahl der Fälle abnimmt.

Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Aktivphase des Beschäftigten sukzessive im Verlauf der Aktivphase aufgebaut. Für jeden Monat der Aktivphase in dem jeweiligen Berichtsjahr werden 50 % des monatlichen Bruttoentgelts, das vor Beginn der Aktivphase erzielt wurde, in die Rückstellung eingestellt. Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit aufgelöst.

Die Aufstockungsrückstellung ist mit Beginn des Abschlusses der Altersteilzeitvereinbarung sofort in voller Höhe zu bilden. Einzustellen sind 30 % des monatlichen Bruttoentgelts, das vor Beginn der Altersteilzeitvereinbarung erzielt wurde, für jeden Monat – also für den gesamten Zeitraum – der Passivphase. Ebenso wie die Erfüllungsrückstellung wird auch die Aufstockungsrückstellung mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit verbraucht.

Sowohl bei der Erfüllungs- als auch bei der Aufstockungsrückstellung werden voraussichtliche Tarifsteigerungen in die Wertermittlung einbezogen und die so ermittelten Beträge entsprechend der Laufzeit abgezinst.

» Nicht genommener Urlaub

Diese Rückstellungen sind zu bilden, wenn Beschäftigte bis zum Ende des Haushaltsjahres ihren Urlaub noch nicht genommen haben und dieser im Folgejahr gewährt werden muss. Mit dieser Rückstellung werden nach dem Bilanzstichtag entstehende Personalaufwendungen erfasst, denen keine Arbeitsleistung gegenübersteht, da die Beschäftigten durch die Nichtinanspruchnahme des Urlaubs im laufenden Jahr in Vorleistung getreten sind.

Da in der Freien Hansestadt Bremen keine flächendeckende elektronische Erfassung der Urlaubsansprüche innerhalb des Personaldatensystems PUMA erfolgt, wurde der in die Rückstellung einzustellende Betrag durch eine Durchschnittswertmethode ermittelt. Die in PUMA erfassten Urlaubsansprüche wurden auf die gesamten in der bremischen Verwaltung Beschäftigten ohne Berücksichtigung der beschäftigten Lehrer/-innen hochgerechnet und mit den durchschnittlichen Bezügen/Entgelten der Beschäftigten in der bremischen Verwaltung bewertet.

» Verpflichtungen aus Überstunden und Gleitzeitguthaben

Die Bildung einer Rückstellung unterbleibt, da in der Freien Hansestadt Bremen keine zentrale flächendeckende elektronische Erfassung der Überstunden und Gleitzeitguthaben erfolgt.

D. VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag (in der Regel Nennbetrag) auszuweisen, unabhängig davon, wie hoch der Ausgabebetrag ist. Als Ausgabebetrag wird der dem Schuldner zugeflossene Betrag bezeichnet.

I. Anleihen und Obligationen

Anleihen und Obligationen	Euro 12.037.035.000,00
	(31.12.2013: Euro 11.622.125.000,00)

In diesem Posten sind alle kurz-, mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen auszuweisen. Dazu gehören Ausgleichsforderungen, Kapitalmarktpapiere wie z.B. Anleihen, Schatzbriefe und Obligationen sowie Geldmarktpapiere wie z.B. Schatzanweisungen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Ausgewiesen werden Landesobligationen und Anleihen:		
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	6.331.785.000,00	7.991.875.000,00
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	5.705.250.000,00	3.630.250.000,00
	12.037.035.000,00	11.622.125.000,00

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Schatzanweisungen ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.

II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Euro 3.351.911.118,06
	(31.12.2013: Euro 3.663.320.657,33)

Ausgewiesen werden kurz-, mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Ausweis erfolgt mit den Salden gemäß Kontoauszug. Dabei sind Schwebeposten, d.h. unterwegs befindliche Gelder, zu berücksichtigen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Darlehensverbindlichkeiten:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	0,00	2.341.260,46
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	383.540.449,34	485.808.518,11
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	2.968.370.668,72	3.175.170.878,76
	3.351.911.118,06	3.663.320.657,33

Die für das Vorjahr ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.

III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Euro 150.408,34
	(31.12.2013: Euro 160.701,18)

Es handelt sich um Verbindlichkeiten, denen eine Lieferung oder Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
und Leistungen	-27.894.297,65	-41.504.100,87
Ausweis debitorischer Kreditoren in dem Posten		
sonstige Vermögensgegenstände	28.044.705,99	41.664.802,05
	150.408,34	160.701,18

IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen

Euro 142.165.529,57

(31.12.2013: Euro 132.918.099,68)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
» Gesellschaften	29.952.572,46	20.898.289,30
» Eigenbetrieben	68.042.705,93	67.379.333,69
» Anstalten öffentlichen Rechts	8.933.238,01	6.708.189,95
» Stiftungen öffentlichen Rechts	265.254,70	166.110,64
» Sonderhaushalten	34.971.758,47	37.766.176,10
	142.165.529,57	132.918.099,68

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.



Der Bremer Ratskeller – Apostelkeller

V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht **Euro 11.628.848,68**
 (31.12.2013: Euro 11.432.325,92)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS)		
» Förderprogramme WMTE ¹	11.107.741,76	11.009.094,17
» Starthilfefonds	521.106,92	423.231,75
	11.628.848,68	11.432.325,92

1 WMTE – Wirtschaft, Mittelstand, Technologie, Europa-angelegenheiten

VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung **Euro 293.235.461,86**
 (31.12.2013: Euro 260.045.386,78)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
» SV Infrastruktur	76.907.451,75	65.720.688,31
» SV Fiskalvermögen	1.902.772,70	980.016,88
» SV Fischereihafen	42.019.831,26	30.587.628,17
» SV Hafen	124.552.070,81	129.588.554,55
» SV Überseestadt	12.657.537,78	8.153.467,55
» SV Gewerbegebäuden	35.195.797,56	25.015.031,32
	293.235.461,86	260.045.386,78

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Euro 5.195.312,44

(31.12.2013: Euro 1.495.241,17)

Siehe Aktiva, Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen, Seite 46

In diesem Posten werden Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung (Steuerzerlegung und Beträge, die anderen Gebietskörperschaften aufgrund deren Ertragshoheit zustehen) und Verbindlichkeiten aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und kommunaler Finanzausgleich) ausgewiesen.

Die Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen zum 31.12.2014 werden in dem entsprechenden Aktiv-Posten ausgewiesen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen:		
» Länderfinanzausgleich IV. Quartal	4.419.929,11	
» Fehlbetragsbundesergänzungszuweisung IV. Quartal	775.383,33	1.495.241,17
	5.195.312,44	1.495.241,17

VIII. Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten

Euro 5.427.962.508,06

(31.12.2013: Euro 3.979.088.896,57)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurz-, mittel- und langfristigen sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensverbindlichkeiten sowie alle übrigen sonstigen Verbindlichkeiten.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Bund:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	3.355.484,16	7.904,18
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	93.606.266,38	102.605.628,29
gegenüber Ländern:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	102.000.000,00	248.500.000,00
gegenüber dem sonst. inländischen Bereich:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	1.618.822.929,19	68.005.866,48
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	15.000.000,00	65.000.000,00
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	2.931.025.837,63	2.903.025.837,63
gegenüber dem sonst. ausländischen Bereich:		
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	60.000.000,00	60.000.000,00
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	186.000.000,00	186.000.000,00
	<u>5.009.810.517,36</u>	<u>3.633.145.236,58</u>
Übrige sonstige Verbindlichkeiten:		
» Stiftungen	418.151.990,70	345.943.659,99
» Anstalten öffentlichen Rechts	835.695,73	1.247.180,97
» Finanzkassen	1.507.085,73	841.195,91
» Personalverrechnung	48.065.404,84	25.588.237,13
» Projekte und Maßnahmen	16.288.553,83	15.596.660,51
» Verwahrungen und erhaltene Anzahlungen	47.086.511,52	42.639.161,32
» Zahlstellen	210.323.300,50	165.699.256,29
» Fremdgelder	481.205,88	0,00
» Umsatzsteuer	5.637.061,49	4.767.650,23
» Übrige sonstige Verbindlichkeiten	1.893.493,48	5.829.467,17
	<u>86.033.677,70</u>	<u>83.734.850,46</u>
	5.427.962.508,06	3.979.088.896,57

Die ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte in die Finanzbuchhaltung übernommen werden. Alle übrigen ausgewiesenen Verbindlichkeiten ergeben sich direkt aus der Finanzbuchhaltung.

E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Passive Rechnungsabgrenzung	Euro 93.000,00
	(31.12.2013: Euro 0,00)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

	Stand 31.12.2014 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Agio	93.000,00	0,00
	93.000,00	0,00

Erstmals wurden 2014 Beträge für Agio aus Darlehen in der passiven Rechnungsabgrenzung angesetzt.



St. Petri Dom – beleuchtet

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

1. Steuern und steuerähnliche Erträge

Euro 2.479.515.647,99

(31.12.2013: Euro 2.309.019.344,64)

Steuern und steuerähnliche Erträge umfassen sämtliche der Gebietskörperschaft aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehende Steuern bzw. steuerähnliche Abgaben und steuerliche Nebenleistungen.

Die Ertragsrealisation tritt im Rahmen von Veranlagungen und Anmeldungen grundsätzlich mit Ablauf des Veranlagungs- bzw. Anmeldungszeitraums ein. Eine Erfassung dieser Erträge setzt jedoch eine hinreichende Konkretisierung des Steueranspruchs voraus, die zu dem Zeitpunkt eintritt, an dem die Daten zur Berechnung der Steuer freigegeben werden. Aus Vereinfachungsgründen finden nur die bis 31.12. veranlagten Fälle Berücksichtigung. Mit dem Eingang der Anmeldung sind bei Zahllastfällen die Steuererträge hinreichend konkretisiert und wirtschaftlich entstanden. Die im Januar eingehenden Anmeldungen für Anmeldungszeiträume der Vorjahre sind zu berücksichtigen. Die Ertragsrealisation von Steuervorauszahlungen ist mit der hinreichenden Konkretisierung sukzessive zu den einzelnen Fälligkeitsterminen gegeben. Steuererstattungen der Gebietskörperschaften sind ertragsmindernd bei den Erträgen aus Steuern auszuweisen.

Verbliebene Risiken hinsichtlich der Konkretisierung der Steuererträge sind durch vorsichtige Bemessung des Wertansatzes oder durch Bildung von Rückstellungen (z.B. Rückerstattungsverpflichtungen) zu berücksichtigen.

	2014	2013
	Euro	Euro
Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage:		
» Lohnsteuer	1.081.900.320,66	1.035.017.394,17
» Veranlagte Einkommensteuer	209.119.022,51	160.056.798,77
» Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	57.984.834,90	53.227.853,96
» Körperschaftsteuer	88.823.705,53	64.015.480,84
» Umsatzsteuer	541.235.749,64	557.077.521,70
» Einfuhrumsatzsteuer	177.079.260,37	174.414.737,10
» Gewerbesteuerumlage	6.158.670,99	6.045.532,46
» Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	38.434.743,67	45.071.980,79
» Kraftfahrzeugsteuer	-664.000,00	-94.000,00
	2.200.072.308,27	2.094.833.299,79
Landessteuern:		
» Vermögensteuer	206.242,36	316.696,79
» Erbschaftsteuer	38.679.717,64	32.141.111,77
» Grunderwerbsteuer	87.015.984,95	60.441.161,02
» Totalisatorsteuer	34.456,90	37.387,20
» Lotteriesteuer	10.537.144,24	10.763.129,83
» Sportwettsteuer	1.614.189,31	2.019.949,31
» Feuerschutzsteuer	3.563.121,64	3.221.442,76
» Biersteuer	17.139.747,96	17.594.625,49
» Abgaben von Spielbanken	1.209.302,91	1.623.461,35
	159.999.907,91	128.158.965,52

Gemeindesteuern:

» Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	-453.148.584,07	-436.217.095,37
» Grundsteuer A	139.368,85	96.144,92
» Grundsteuer B	136.168.027,04	134.849.981,05
» Gewerbesteuer	377.690.984,67	330.938.794,70
» Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	39.062.741,35	37.857.774,64
» Gemeindeanteil an der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	-3.086.185,42	-3.712.176,52
» Sonstige Vergnügungssteuern	10.569.709,61	10.642.063,99
» Hundesteuer	1.484.040,05	1.439.787,30
» Sonstige Gemeindesteuern	2.567.458,26	1.895.262,90
	111.447.560,34	77.790.537,61
Steuerähnliche Erträge	1.553.940,44	2.675.370,76
Zwangsgelder, Verspätungs- und Säumniszuschläge im Zusammenhang mit Steuern	6.441.931,03	5.561.170,96
Summe Steuern und steuerähnliche Erträge	2.479.515.647,99	2.309.019.344,64

2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen**Euro 1.159.284.811,53**

(31.12.2013: Euro 1.138.295.419,09)

	2014 Euro	2013 Euro
Erträge aus Länderfinanzausgleich	604.072.217,05	589.986.489,86
Erträge aus Bundesergänzungszuweisungen	255.212.594,48	248.308.929,23
Erträge Konsolidierungshilfe	300.000.000,00	300.000.000,00
	1.159.284.811,53	1.138.295.419,09

Ausgewiesen werden die Erträge aus dem Länderfinanzausgleich sowie aus sonstigen Finanzausgleichsbeziehungen für das Haushaltsjahr 2014.

3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen**Euro 521.285.016,34**

(31.12.2013: Euro 499.225.345,10)

Erträge aus Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Erträge aus Zuschüssen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Erträge aus Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Erträge aus Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind beispielsweise (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder die Eingliederung eines Unternehmens in die Kernverwaltung.

Als Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen werden Geldleistungen ausgewiesen, die für investive Zwecke gewährt werden, aber keine Sonderposten für Investitionen darstellen.

Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die erhaltenen Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht gewährten Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2014 Euro	2013 Euro
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, soweit nicht für Investitionen, von/vom:		
» Bund für Renten, Unterstützungen und sonstige		
Geldleistungen an natürliche Personen	199.541.300,45	173.043.531,99
» Bund, übrigen	109.448.472,02	109.266.717,79
» Ländern	12.782.285,45	11.236.202,17
» Gemeinden/Gemeindeverbänden	11.135.338,55	9.174.606,42
» Zweckverbänden und dgl.	392.493,74	494.578,30
» Gesetzlicher Sozialversicherung	30.650.621,35	29.491.707,54
» Verbund. Untern., Beteiligungen u.		
Sondervermögen	12.333.564,68	590.700,45
» Sonstigen inländischen Bereich	38.879.778,44	34.109.755,50
» Ausländischen Bereich		
» EU	17.057.359,47	25.178.560,67
» Sonstigen ausländischern Bereich	49.806,00	25.694,12
	432.271.020,15	392.612.054,95
Erträge aus Schuldendiensthilfen		
vom sonstigen inländischen Bereich	14.802.330,08	16.993.130,03
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen		
für Investitionen	73.664.744,17	87.715.991,46
Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen	546.921,94	1.904.168,66
Summe Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	521.285.016,34	499.225.345,10

In den Erträgen aus den Zuweisungen und Zuschüssen sind die von der Gemeinde Bremerhaven erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich auch in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kameralen Titeln angebotenen Ertragskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	Euro 157.967.550,05
(31.12.2013: Euro 158.531.306,68)	

Als Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse sind sämtliche Erträge auszuweisen, die im Rahmen der gewöhnlichen Tätigkeit der Verwaltung sowohl im hoheitlichen als auch im übrigen Bereich entstehen.

Gebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden.

Den Erträgen aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern liegt kein Leistungsaustausch zugrunde. Sie entstehen vielmehr im Wege eines Verwaltungsaktes bzw. eines Urteils.

Unter die Umsatzerlöse fallen grundsätzlich alle Erlöse, die im Rahmen der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen, aber nicht aus Steuern, Finanzausgleichsbeziehungen, Zuweisungen bzw. Zuschüssen, Gebühren sowie Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern resultieren. Hierzu zählen u.a. Erträge aus dem Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen, wie beispielsweise Konzessionsabgaben von Energieversorgungsunternehmen, die zum gewöhnlichen Leistungsangebot der Verwaltung gehören.

	2014 Euro	2013 Euro
Erträge aus Gebühren	94.005.317,93	92.780.460,15
Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen,		
Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	11.864.717,38	12.099.617,66
Umsatzerlöse	52.097.514,74	53.651.228,87
	157.967.550,05	158.531.306,68

5. Sonstige Erträge **Euro 74.447.985,76**
 (31.12.2013: Euro 54.664.527,65)

Zu den sonstigen Erträgen gehören alle Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit, die nicht in den vorhergehenden Posten oder als Erträge aus Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, sonstige Zinsen und ähnliche Erträge oder außerordentliche Erträge zu klassifizieren sind.

Dazu gehören u.a. Erträge aus Anlagenabgängen, der Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten.

	2014 Euro	2013 Euro
Mieten/Pachten	5.995.576,82	8.041.226,82
Erträge aus dem Abgang von		
Vermögensgegenständen	2.600,00	485,11
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	26.892.765,63	26.464.744,68
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung		
von Rückstellungen	28.276.442,33	463.000,00
Übrige sonstige Erträge	13.280.600,98	19.695.071,04
	74.447.985,76	54.664.527,65

6. Summe Erträge **Euro 4.392.501.011,67**
 (31.12.2013: Euro 4.159.735.943,16)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 1 bis 5 ausgewiesenen Erträge.

7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit **Euro – 292.393.025,66**
 (31.12.2013: Euro – 278.548.747,02)

Zu den Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit zählen die Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren, die im Rahmen der Verwaltungstätigkeit unmittelbar für die Erstellung der Leistung entstehen, sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Herstellung von Erzeugnissen und Leistungen der Verwaltung als externe Vorleistungen anfallen.

	2014 Euro	2013 Euro
Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren:		
» Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
sowie Fremdbauteile	-1.740.467,17	-1.727.584,22
» Verbrauchsmaterial	-34.498.500,23	-27.117.411,55
» Energie	-20.475.331,07	-22.916.802,20
» Material für Reparatur und Instandhaltung	-516.558,12	-563.974,32
» Aufwendungen für Waren	<u>-498,85</u>	<u>-3.744,14</u>
	<u>-57.231.355,44</u>	<u>-52.329.516,43</u>
Aufwendungen für bezogene Leistungen:		
» Abfall und Entsorgung	-2.057.051,98	-2.098.879,29
» Fremdinstandhaltung und Wartungsarbeiten	-19.916.080,94	-26.864.909,55
» Fremdleistungen für Gutachten, Werkverträge, Beratung, Rechtsberatung, Schulung	-1.510.111,47	-3.108.462,88
» Aufwendungen für Prozesskostenhilfe und ähnliche Leistungen	<u>-33.436.531,48</u>	<u>-31.504.035,59</u>
» Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-178.241.894,35</u>	<u>-162.642.943,28</u>
	<u>-235.161.670,22</u>	<u>-226.219.230,59</u>
Summe Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	<u>-292.393.025,66</u>	<u>-278.548.747,02</u>

8. Personalaufwand **Euro – 1.609.929.095,94**
(31.12.2013: Euro – 1.853.038.099,85)

Als Personalaufwand werden die Aufwendungen für eigene Mitarbeiter im Rahmen des Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnisses mit den Bruttoprämen ausgewiesen. Dabei handelt es sich um die unmittelbaren Aufwendungen für die eigentliche Arbeitsleistung der Mitarbeiter.

Die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie die übrigen gesetzlichen Pflichtabgaben, die durch den Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern zu leisten sind, werden als soziale Abgaben ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Altersversorgung beinhalten neben den gezahlten Versorgungsbezügen die Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die Aufwendungen für die Versorgungsrücklage sowie für die Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

	2014 Euro	2013 Euro
Entgelte:		
Entgelte für geleistete Arbeitszeit (einschl. tariflicher, vertraglicher oder arbeitsbedingter Zulagen)	-222.273.516,86	-216.864.616,79
Sonstige Aufwendungen mit Entgeltcharakter	<u>-5.575.616,65</u>	<u>-7.961.134,26</u>
	<u>-227.849.133,51</u>	<u>-224.825.751,05</u>
Bezüge:		
Dienst-, Amtsbezüge einschließlich Zulagen:		
» Beamte und Richter	-494.397.862,12	-478.987.426,69
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung:		
Soziale Abgaben:	-59.215.800,43	-61.262.462,53
Aufwendungen für Altersversorgung:		
» Versorgungsbezüge Beamte und Richter	-365.782.311,22	-344.458.856,36
» Versorgungsbezüge Senatoren	-2.308.427,73	-2.418.262,80
» Versorgungsbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-17.389.499,14	-17.174.782,15
» Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-382.345.000,00	-671.190.000,00
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung:	<u>-15.094.774,45</u>	<u>-15.617.171,84</u>
Beihilfen:		
» Soweit nicht Versorgungsempfänger	-12.403.608,24	-10.108.374,09
» Für Versorgungsempfänger	-27.833.949,30	-21.754.994,48
» Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	<u>-5.308.729,80</u>	<u>-5.240.017,86</u>
	<u>-887.682.100,31</u>	<u>-1.149.224.922,11</u>
Summe Personalaufwand	-1.609.929.095,94	-1.853.038.099,85

Die Aufwendungen für Entgelte, Bezüge, soziale Aufwendungen, Altersversorgung und Beihilfen werden in gesonderten Personalabrechnungssystemen (z. B. KIDICAP) ermittelt und die Werte kumuliert an die Finanzbuchhaltung übertragen.

Die Zusammensetzung der Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist in dem Posten für Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen (Seite 54) erläutert.

9. Abschreibungen	Euro – 131.963.495,13
	(31.12.2013: Euro – 126.481.836,18)

In diesem Posten werden die Abschreibungen, die den Werteverzehr des immateriellen Vermögens und des Sachanlagevermögens der Gebietskörperschaft abbilden, ausgewiesen.

	2014 Euro	2013 Euro
Abschreibungen auf:		
» Immaterielle Vermögensgegenstände		
des Anlagevermögens	– 120.208.261,58	– 115.010.678,13
» Sachanlagevermögen	– 11.755.233,55	– 11.471.158,05
	– 131.963.495,13	– 126.481.836,18

Der Werteverzehr, der auf die an die Sondervermögen übertragenen Sachanlagen entfällt, wird in den Erfolgsrechnungen der Sondervermögen als Aufwand ausgewiesen.

10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	Euro – 2.276.300.181,21
	(31.12.2013: Euro – 2.184.829.633,15)

Aufwendungen für Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Aufwendungen für Zuschüsse sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Aufwendungen für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen umfassen z.B. Sozialhilfeleistungen, die als Barleistungen gewährt werden, Arbeitslosengeld, Unfallrenten und Wohngeld. Die Aufwendungen für übrige Zuweisungen und Zuschüsse umfassen alle Geldleistungen, die vom öffentlichen oder sonstigen Bereich für allgemeine oder für bestimmte Zwecke gewährt werden. Ebenfalls in diesen Posten auszuweisen sind Aufwendungen für atypische Steuervergütungen, die von den Einzelsteuergesetzten für bestimmte Zwecke gewährt werden, ohne dass der Empfänger im Vorfeld durch die entsprechende Steuer belastet wurde. Hierzu gehören unter anderem das Kindergeld, die Investitionszulage, die Eigenheimzulage und die Altersvermögenszulage.

Aufwendungen für Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Aufwendungen für Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind – in Anlehnung an die Zuordnung im Gruppierungsplan – z.B. (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschä-

den, zur Förderung der Vermögensbildung oder zur Strukturverbesserung der Wirtschaft (z.B. Abwrackprämien und -hilfen, Stilllegungsprämien, Zuschüsse zur Kapitalausstattung).

Als Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen werden Geldleistungen erfasst, die für investive Zwecke gewährt werden, aber nicht als geleistete Investitionszuweisungen oder -zuschüsse zu aktivieren sind. Zuweisungen und Zuschüsse, die durch Bescheide mit Dauerwirkung auch für zukünftige Bewilligungszeiträume bewilligt werden und den fortlaufenden (i.d.R. monatlichen) Bezug von Leistungen vorsehen und kraft Gesetzes entstehen, werden zum Zeitpunkt des jeweiligen Entstehens des Anspruchs erfasst. Etwaige hieraus entstehende Risiken können bei hinreichender Wahrscheinlichkeit über eine entsprechende Rückstellungsbildung erfasst werden.

Aufwendungen aus der Rückforderung von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die zu leistenden Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht erhaltenen Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2014 Euro	2013 Euro
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, soweit nicht für Investitionen:		
» Renten, Unterstützungen, sonstige		
Geldleistungen an natürliche Personen	-619.415.071,71	-584.725.663,47
» Bund	-1.121.787,21	-1.626.886,80
» Länder	-13.384.754,75	-13.384.408,92
» Gemeinden/Gemeindeverbände	-419.519.141,24	-395.928.791,56
» Zweckverbände und dgl.	-525.663,13	-178.059,00
» Gesetzliche Sozialversicherung	-22.852.854,37	-21.143.299,59
» Verbundene Unternehmen,		
Beteiligungen und Sondervermögen	-127.964.886,34	-124.907.086,31
» Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-114.463.949,18	-103.296.698,09
» Private inländische Unternehmen	-11.912.370,79	-11.634.773,84
» Sonstiger inländischer Bereich	-700.056.684,79	-670.899.698,48
» Sonstiger ausländischer Bereich	-141.251,50	-161.376,53
	-2.031.358.415,01	-1.927.886.742,59
Aufwendungen für Schuldendiensthilfen:		
» Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-22.000,00	-100.249,17
» Private inländische Unternehmen	-11.133,42	-15.016,81
» Sonstiger inländischer Bereich	-55.642,50	-50.509,81
	-88.775,92	-165.775,79
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	-244.852.990,28	-256.777.114,77
Summe Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.276.300.181,21	-2.184.829.633,15

In den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind die an die Gemeinde Bremerhaven gezahlten Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kamerale Titeln angebotenen Aufwandskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhal tens vermieden werden sollen.

11. Sonstige Aufwendungen**Euro – 136.263.269,99**

(31.12.2013: Euro – 144.279.977,29)

Zu den sonstigen Aufwendungen zählen alle Aufwendungen aus der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit, soweit sie nicht in den vorhergehenden Posten oder den Aufwendungen des Finanzergebnisses auszuweisen sind. Sie umfassen sonstige Personalaufwendungen, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen.

Zu den sonstigen Personalaufwendungen zählen alle Aufwendungen, die keine Entgelte, Bezüge oder soziale Abgaben bzw. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen betreffen, z.B. Aufwendungen für Personalmaßnahmen, Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Umzugskosten und Trennungsgeld, Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung und Aufwendungen für Bürgerschaftsabgeordnete.

Als Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten werden u.a. die Aufwendungen für Mieten (inklusive Nebenkosten), Pachten, Erbbauzinsen, Leasing, Lizenzen und Konzessionen, Gebühren und Beiträge, Rechtsverfolgungskosten, Prüfung, Beratung sowie die Aufwendungen für abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte ausgewiesen.

Unter die sonstigen Aufwendungen fallen außerdem die Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (Abschreibungen auf das Umlaufvermögen, außer Vorräte) und der Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens sowie übrige Aufwendungen. Übrige Aufwendungen beinhalten u.a. Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur, Porto und Versandkosten, Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, nicht personenbezogene Versicherungsbeiträge, Aufwendungen für Telekommunikation, Reisekosten sowie Mitgliedsbeiträge, Schadenersatzleistungen, Leistungen aus Bürgschaften, Verspätungszuschläge sowie Zuführungen zu Rückstellungen.

	2014 Euro	2013 Euro
Sonstige Personalaufwendungen:		
» Personalmaßnahmen	-857.659,12	-586.646,54
» Übernommene Fahrt-/Umzugskosten, Trennungsgeld	-65.196,15	-51.915,26
» Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	-313.001,86	-330.514,24
» Aus-, Fort- und Weiterbildung	-2.594.460,72	-2.619.377,08
» Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft	-10.272.528,26	-11.444.251,37
» Übrige sonstige Personalaufwendungen	<u>-2.425.474,54</u>	<u>-2.281.718,94</u>
	<u>-16.528.320,65</u>	<u>-17.314.423,43</u>
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten:		
» (Echt-)Mieten	-91.652.049,52	-90.182.544,37
» Pachten	-591.325,49	-596.921,62
» Leasing	-458.658,72	-474.881,86
» Lizizenzen und Konzessionen	-558.328,61	-833.069,95
» Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	-3.846.838,96	-4.820.327,90
» Abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte	-1.025.555,52	-1.281.856,75
» Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	<u>-2.230.358,54</u>	<u>-2.449.534,07</u>
	<u>-100.363.115,36</u>	<u>-100.639.136,52</u>
Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges:		
» Zeitungen und Fachliteratur	-1.185.269,27	-1.282.230,31
» Porto und Versandkosten	-4.012.195,77	-4.049.620,24
» Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung	-1.599.406,45	-1.567.964,02
» Versicherungsbeiträge	-962.849,32	-8.031.405,03
» Telekommunikation	-7.068.728,40	-7.350.640,35
» Reisekosten	-2.233.355,67	-2.233.781,39
» Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-53.567,77	-176.323,74
» Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-38.728,99	-149.009,31
» Übrige Aufwendungen	<u>-2.217.732,34</u>	<u>-1.485.442,95</u>
	<u>-19.371.833,98</u>	<u>-26.326.417,34</u>
Summe sonstige Aufwendungen	<u>-136.263.269,99</u>	<u>-144.279.977,29</u>

12. Summe Aufwendungen **Euro -4.446.849.067,93**
(31.12.2013: Euro -4.587.178.293,49)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 7 bis 11 ausgewiesenen Aufwendungen.

13. Verwaltungsergebnis	Euro -54.348.056,26
	(31.12.2013: Euro -427.442.350,33)

Das Verwaltungsergebnis stellt den Saldo aus Ziffer 6 (Summe Erträge) und Ziffer 12 (Summe Aufwendungen) dar.

14. Erträge aus Beteiligungen	Euro 10.886.853,40
	(31.12.2013: Euro 10.900.785,39)

Ausgewiesen werden die Erträge aus Beteiligungen, z.B. Erträge aus Dividenden, Erträge aus Gewinnabführungen sowie aus Ausschüttungen.

	2014 Euro	2013 Euro
Erträge aus Beteiligungen	10.886.853,40	10.900.785,39
	10.886.853,40	10.900.785,39

15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen	Euro 236.931.281,92
	(31.12.2013: Euro 302.694.202,92)

Ausgewiesen werden die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen von Ländern, Gemeinden, verbundenen und nicht verbundenen Unternehmen, z.B. Zinserträge.

	2014 Euro	2013 Euro
Erträge aus anderen Wertpapieren		
Zinserträge:		
» von Ländern	0,00	76.458.125,00
» von Gemeinden/Gemeindeverbänden	199.569.049,62	186.660.165,48
» von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	37.181.599,63	39.574.967,01
Ausleihungen Finanzanlagevermögen		
Zinserträge:		
» von privaten inländischen Unternehmen	180.632,67	945,43
	236.931.281,92	302.694.202,92

16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge **Euro 429.146.777,79**
 (31.12.2013: Euro 279.615.786,42)

Ausgewiesen werden Zinserträge, die nicht als Erträge aus Beteiligungen oder aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens auszuweisen sind, z. B. Zinsen aus Einlagen bei Kreditinstituten oder Forderungen.

	2014	2013
	Euro	Euro
Sonstige Zinsen vom/von:		
» Verbundenen Unternehmen und Einrichtungen,		
Beteiligungen und Sondervermögen	2.561.776,23	2.664.939,81
» Öffentlichen Sonderrechnungen	45.648.970,24	46.635.721,04
» Sonstigen öffentlichen Bereich	366.826.557,32	208.790.797,00
» Sonstigen inländischen Bereich	0,00	1.993.530,55
» Ausländischen Bereich	14.109.474,00	19.530.798,02
	429.146.777,79	279.615.786,42

Die Zinserträge aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen beinhalten u.a. Erträge aus noch nicht ausgezahlten Zinsen 2014 der Anstalt für Versorgungsvorsorge. Die Forderung aus diesen Zinsen ist in dem Posten Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen enthalten.

17. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens **Euro –25.373.402,82**
 (31.12.2013: Euro –292.028.289,83)

In diesem Posten werden die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen ausgewiesen, sofern die Werthaltigkeit nach den Standards staatlicher Doppik nicht mehr gegeben ist. Die vorgenommenen Abschreibungen wurden bei der jeweiligen Vermögensposition erläutert.

	2014	2013
	Euro	Euro
Abschreibungen		
auf Finanzanlagen		
	–25.373.402,82	–292.028.289,83
	–25.373.402,82	–292.028.289,83

18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen **Euro –1.132.459.119,07**
 (31.12.2013: Euro –1.114.371.971,74)

Ausgewiesen werden Zinsen und ähnliche Aufwendungen, die für aufgenommenes Fremdkapital zu zahlen sind, z. B. Zinsswaps, Zinstermin- und Zinsoptionsgeschäfte, Zinsen für Kredite und Darlehen.

	2014 Euro	2013 Euro
Zinsen:		
» Verbundene Unternehmen	-7.243.188,32	-1.178.806,79
» Nicht verbundene Unternehmen Swaps	-520.781.572,02	-435.274.122,72
» Bund	-577.455,80	-576.050,91
» Länder	-193.544.369,19	-183.848.928,75
» Gemeinden/Gemeindeverbände	-13.415,25	-29.643,10
» Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-23.398.843,05	-30.143.490,69
» Private inländische Unternehmen	-381.585.978,26	-446.738.850,63
» Sonstiger inländischer Bereich	0,00	-1.072,77
» Sonstiger ausländischer Bereich	-1.771.870,22	-1.643.276,61
	-1.128.916.692,11	-1.099.434.242,97
Übrige ähnliche Aufwendungen:	0,00	-13.125.000,00
Abschreibungen auf Disagio o. Damnum:	-3.542.426,96	-1.812.728,77
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.132.459.119,07	-1.114.371.971,74

19. Finanzergebnis **Euro -480.867.608,78**
 (31.12.2013: Euro -813.189.486,84)

Das Finanzergebnis stellt den Saldo aus den Ziffern 14 (Erträge aus Beteiligungen), 15 (Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen), 16 (sonstige Zinsen und ähnliche Erträge), 17 (Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens) und 18 (Zinsen und ähnliche Aufwendungen) dar.

20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit **Euro -535.215.665,04**
 (31.12.2013: Euro -1.240.631.837,17)

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit wird aus den Salden der Ziffern 13 (Verwaltungsergebnis) und 19 (Finanzergebnis) ermittelt.

21. Außerordentliche Aufwendungen **Euro 0,00**
 (31.12.2013: Euro 0,00)

Unter dem Posten außerordentliche Aufwendungen sind Aufwendungen auszuweisen, die außerhalb der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen.

Dabei handelt es sich um Vorgänge, die in hohem Maße ungewöhnlich sind, d.h., deren Auftreten nicht erwartet werden kann, und die selten oder unregelmäßig vorkommen, d.h., nicht

ständig anfallen bzw. nicht wiederkehrender Natur und somit nicht planbar sind. Diese Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein.

Diese Aufwendungen sind daher weder dem Verwaltungsergebnis noch dem Finanzergebnis zuzurechnen. Dabei ist mit Blick auf die gesamte Verwaltungstätigkeit im Einzelfall zu prüfen, ob ein besonderer Vorgang im Hinblick auf die bisherige und künftige Entwicklung vorliegt.

22. Außerordentliches Ergebnis	Euro 0,00
	(31.12.2013: Euro 0,00)

Die in Ziffer 21 ausgewiesenen Aufwendungen werden als außerordentliches Ergebnis dargestellt.

23. Steuern	Euro –8.867,35
	(31.12.2013: Euro –10.200,94)

In diesem Posten sind die Steuern der Gebietskörperschaft aus eigenen Steuerschuldverhältnissen auszuweisen. Es werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus Erstattungen erfasst.

Zu den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zählen z.B. die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer, der Solidaritätszuschlag, die Kapitalertragsteuer sowie die entsprechenden ausländischen Steuern.

Als sonstige Steuern werden die Verbrauch- und Verkehrsteuern (z.B. Kfz-Steuer), die von der Verwaltung zu entrichten sind, ausgewiesen.

	2014 Euro	2013 Euro
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
Sonstige Steuern:		
» Kfz-Steuer	–8.867,35	–10.200,94
	–8.867,35	–10.200,94

24. Jahresfehlbetrag	Euro –535.224.532,39
	(31.12.2013: Euro –1.240.642.038,11)

Der Jahresfehlbetrag stellt den Saldo aller in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge dar.

Sonstige Angaben

Innerbremische Verschuldung im doppischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Im doppischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen werden die Forderungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen mit den Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen konsolidiert, sodass diese konsolidierte Betrachtung den Wert null ergibt.

	Stand 31.12.2014
	Euro
Ausleihungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen	7.110.544.374,00
Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen,	
davon:	7.110.544.374,00
» Laufzeit ein bis fünf Jahre	430.000.000,00
» Laufzeit über fünf Jahre	6.680.544.374,00

Derivative Finanzinstrumente

Die Senatorin für Finanzen ist gemäß Haushaltsgesetz ermächtigt, derivative Finanzinstrumente mit dem Ziel einzusetzen, die bestehenden und künftigen Zinsänderungsrisiken zu minimieren, die Zinsausgaben auf niedrigem Niveau zu verstetigen und die Zinskonditionen zu optimieren.

Per 31.12.2014 hat die Freie Hansestadt Bremen folgende Bestände an Derivaten:

Lfd. Zinsderivate in Mio. Euro	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps	9.100,0	5.220,5	3.879,5
Zinssatzswaps mit Optionen			
» Verkauf	3.544,0	3.730,0	-186,0
» Kauf	250,0	0,0	0,0
Summe	12.894,0	8.950,5	3.693,5
Zinssatzswaps mit der Position fest/fest oder variabel/variabel	1.000,0	350,0	

Zinssicherungs-/ -optimierungsgeschäfte in der Zukunft

Lfd. Zinsderivate in Mio. Euro	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps	650,0	0,0	650,0
Zinssatzswaps mit Optionen			
» Verkauf	0,0	0,0	0,0
» Kauf	0,0	0,0	0,0
Summe	650,0	0,0	650,0

Das Konnexitätsgebot zwischen Zinsderivat und Kreditgeschäft wurde mit Wirkung vom 15.10.2014 probeweise für ein Jahr ausgesetzt. Ein hoher Anteil der Derivate hebt sich aufgrund von erforderlichen Feinsteuерungsmaßnahmen gegenseitig auf.

Haftungsverhältnisse

Unter den Haftungsverhältnissen sind die Verbindlichkeiten, die nur unter bestimmten Umständen eintreten können, aufzuführen. Abweichend von den Standards staatlicher Doppik werden nachstehend lediglich die Haftungsverhältnisse aus den Bürgschaften aufgeführt:

	2014 Euro	2013 Euro
Summe des Bürgschaftsbestandes		
(Eigenrisiko FHB)	1.058.389.656,55	1.152.146.495,54
abzgl. gebildeter Rückstellungen	-680.425,01	-686.993,09
Verbleibendes Haftungsrisiko	1.057.709.231,54	1.151.459.502,45

Eventualverbindlichkeiten

In seinem Jahresbericht 2012 (Land) empfiehlt der Rechnungshof, Finanzanlagen der FHB mit negativem Eigenkapital als Eventualverbindlichkeiten auszuweisen, um die sich daraus ergebenden Risiken darzustellen.

Folgende Finanzanlagen weisen für 2014 ein negatives Eigenkapital aus:

Bremischer Anteil am Eigenkapital

	2014 Euro	2013 Euro
Bremer Volkshochschule	-389.092,98	-751.635,09
Theater Bremen GmbH	-473.416,84	-798.885,38
	-862.509,82	-1.550.520,47

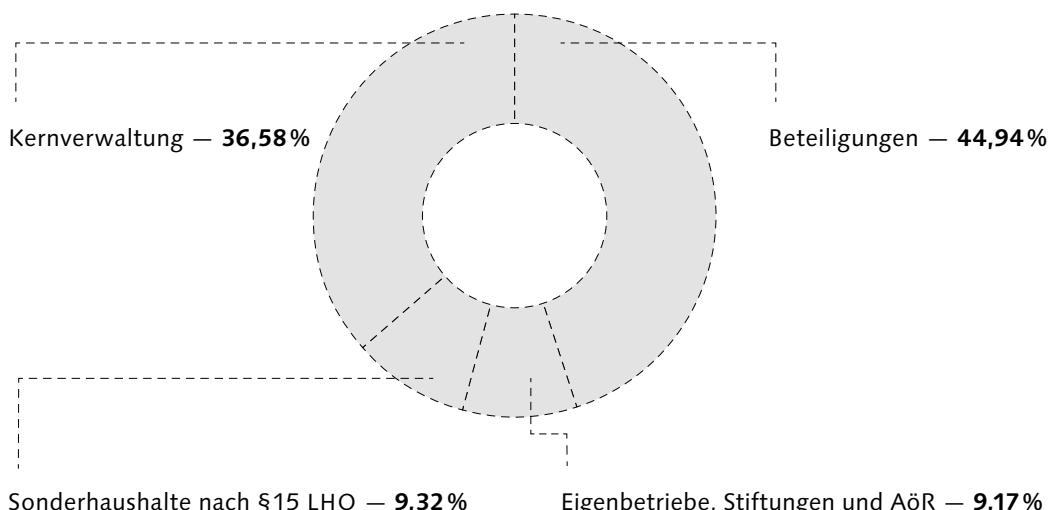
Anzahl der Beschäftigten in Bremen

Im Jahr 2014 waren insgesamt 25.914 Personen in bremischen Einrichtungen beschäftigt. Diese Zahl umfasst die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (Beamte und Angestellte) in der bremischen Kernverwaltung, in den Sonderhaushalten nach § 15 LHO, Eigenbetrieben, Betrieben nach § 26 LHO, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie in privatrechtlich organisierten Gesellschaften, bei denen das Land Bremen mindestens 50% der Anteile besitzt.

2014 arbeiteten 36,6% der Beschäftigten in der Kernverwaltung und 63,4% in den Gesellschaften. Die 25.914 Beschäftigten entsprechen einem Beschäftigungsvolumen (Umrechnung in Vollzeitkräfte) von 22.917.

	Anzahl		Beschäftigungs- volumen	
	Beschäftigte ¹		2014	2013
1 Mit Anwärtern, Praktikanten, Auszubildenden				
Kernverwaltung	17.216	17.329	15.700	15.764
Sonderhaushalte nach § 15 LHO	4.384	4.301	3.682	3.621
Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts	4.314	4.232	3.535	3.452
Beteiligungen ²	21.147	20.267	17.975	17.227
Insgesamt	47.061	46.129	40.892	40.064

Beschäftigte in Bremen nach Beschäftigungsbereichen (2014)



In der Kernverwaltung und den Ausgliederungen arbeiten insgesamt 11.774 Beamte/Beamten und Richter/Richterinnen und 12.618 Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen. Davon sind 8.826 teilzeitbeschäftigt.

Durchschnittliche Beschäftigtenzahl nach Gruppen¹

	2014
Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen	11.774
Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen	12.618
Sonstige ²	1.523
Insgesamt	25.915
davon Teilzeitkräfte	8.826

Die Dienstbezüge für die Verwaltungsspitze (Bürgermeister/Bürgermeisterin, Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsräte und Staatsrätinnen) liegen im Jahr 2014 bei rund 2,6 Mio. Euro.

1 Die Beschäftigtenzahl bezieht sich auf die Kernverwaltung und die Ausgliederungen (ohne Beteiligungen)

2 Anwärter, Auszubildende, Praktikanten

Für Versorgungsleistungen von ehemaligen Senatorinnen und Senatoren wurden rund 2,3 Mio. Euro ausgezahlt.

Senatsmitglieder im Geschäftsjahr 2014

Jens Böhrnsen (SPD)

Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für kirchliche Angelegenheiten und Senator für Kultur

Karoline Linnert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellvertretende Präsidentin des Senats, Bürgermeisterin, Senatorin für Finanzen und Senatskommissarin für den Datenschutz

Ulrich Mäurer (SPD)

Senator für Inneres und Sport

Martin Günthner (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senator für Justiz und Verfassung

Dr. Joachim Lohse (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Anja Stahmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Dr. Hermann Schulte-Sasse (parteilos)

Senator für Gesundheit

Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) führt neben ihren Eigenbetrieben, Stiftungen, Sonderhaushalten und sonstigen Sondervermögen Beteiligungen mit unterschiedlichen Besitzanteilen an privatwirtschaftlichen Unternehmen. Diese Beteiligungen werden größtenteils in der Rechtsform der GmbH oder AG geführt. Bei den Mehrheitsbeteiligungen werden die Einheiten gemäß „Handbuch Beteiligungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen“ geführt. In diesem Regelwerk sind alle wesentlichen Vorgaben für die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und den Gesellschafter festgelegt. Sie betreffen die Organisation, die Standards zum Planungs- und Berichtswesen, Hinweise für die Organe der Gesellschaften, Mustertexte Recht und Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Weitere zu beachtende Regelwerke sind u.a. der Public-Corporate-Governance-Kodex der Freien Hansestadt Bremen sowie die aktienrechtlichen Bestimmungen.



Flughafen Bremen – Vorfeld

**Unternehmen/Sondervermögen (SV)/Sonderhaushalte (SH)/
Anstalten öffentlichen Rechts (AÖR)**

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2013 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2013 Euro
Finanzanlagen der Freien Hansestadt Bremen (Land)			
Areal Bank AG, Wiesbaden	0,02	2.192.200.000,00	49.900.000,00
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen	50,00	94.878,96	0,00
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale, Bremen	41,20	1.748.000.000,00	36.000.000,00
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	33,33	4.283.000,00	3.000,00
Bremerhavener Gesellschaft für Investitions- förderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), Bremerhaven	13,60	3.670.589,33	-1.209.506,91
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, Altenholz	5,88	49.102.668,34	-10.471.717,45
DEGES, Berlin	7,57	95.750,00	5.150,00
DZHW – Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH, Hannover ¹	1,85	681.810,91	241.219,76
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG), Bremerhaven	100,00	333.005,30	0,00
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH, Grünwald	6,25	1.124.506,71	28.848,28
HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover ²	6,25	5.826.762,82	3.065.691,93
Hochschule Bremen (SH), Bremen	100,00	84.087.887,84	3.050.437,70
Hochschule Bremerhaven (SH), Bremerhaven	100,00	36.130.137,86	-623.361,92
Hochschule für Künste Bremen (SH), Bremen	100,00	30.554.934,10	-823.561,37
InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik ³	16,67	1.525.635,40	-1.450.852,98
Institut f. angewandte Systemtechnik Bremen GmbH, Bremen	25,00	530.354,04	27.393,29
IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen ⁴	10,00	-954.231,26	347.934,39
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	0,33	18.417.169.000,00	654.333.000,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	2,44	1.705.308,92	-2.530.236,34
Landesuntersuchungsamt (SH), Bremen	100,00	0,00	0,00
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH, Hannover	5,00	75.388,07	-56.575,81
Münchener Hypothekenbank eG, München ⁵	0,00	881.033.868,12	6.707.712,48
nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover ⁶	15,20	1.082.213,47	188.163,60
Performa Nord GmbH, Bremen	100,00	89.636,67	1.820,02
Performa Nord, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	8.088.100,35	1.006.871,63

1 Gegründet zum
01.01.2013
(siehe HIS GmbH)

2 Ausgliederung der
Bereiche Hoch-
schulentwicklung
und Hochschul-
forschung in die
DZHW GmbH zum
01.01.2013

3 Umfirmierung zum
01.01.2013, früher
AMI Arzneimittel-
untersuchungsinsti-
tut-Nord GmbH

4 Befindet sich
seit 01.01.2011 in
Liquidation

5 Bremisches Eigen-
kapital Festbetrag
in Höhe von 70 Euro

6 Umfirmierung zum
01.01.2013, früher
nordmedia – Die
Mediengesellschaft
Niedersachsenen/
Bremen mbH

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2013 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2013 Euro
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SH), Bremen			
SV Bremer Kapitaldienstfonds, Bremen	100,00	53.944.168,11	0,00
SV Fischereihafen, Bremen	100,00	45.268.734,47	-16.910.382,53
SV Gewerbeblächen, Bremen	100,00	14.759.974,82	-824.881,58
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	39.889.878,68	-341.986,41
SV Versorgungsrücklage des Landes Bremen, Bremen			
Universität Bremen (SH), Bremen	100,00	220.610.446,53	-1.289.435,44
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	92,27	120.915.961,36	0,00
Finanzanlagen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)			
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen	50,00	94.878,96	0,00
Besitzges. Science Center Bremen GmbH, Bremen			
botanika (Rhododendronpark) GmbH, Bremen	100,00	5.861.428,62	-1.269.158,75
Bremen.online GmbH, Bremen	100,00	149.331,05	-13.538,82
Bremen Online Services Beteiligungs-GmbH, Bremen			
Bremen Online Services Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	55,10	2.961.221,84	169.678,02
bremenports Beteiligungs GmbH, Bremerhaven	100,00	26.103,75	353,29
bremenports GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	250.000,00	992.893,49
Bremer Bäder GmbH, Bremen	97,65	2.608.760,32	484.334,59
Bremer Energie-Konsens GmbH, Bremen	10,10	1.426.623,53	44.133,39
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877 (BLG), Bremen			
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co. KG, Bremen	50,42	18.949.468,43	2.248.505,88
Bremer Philharmoniker GmbH, Bremen	26,00	88.845,42	-26.771,14
Bremer Ratskeller GmbH, Bremen ¹	100,00	0,00	0,00
Bremer Theater Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen			
Bremer Verkehrsgesellschaft mbH, Bremen	100,00	571.729.029,65	-52.364.293,25
Bremer Volkshochschule, Bremen	100,00	-751.635,09	-165.100,35
BREPARK GmbH, Bremen	3,00	16.016.937,51	0,00
Columbus Cruise Center GmbH, Bremerhaven	25,00	782.784,99	108.106,86
ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	2,81	11.311.852,47	2.586.465,80
Facility Management Bremen GmbH, Bremen	100,00	729.853,59	147.443,59
Fähren Bremen-Stedingen GmbH, Bremen	55,00	6.121.716,26	461.668,10
Flughafen Bremen GmbH, Bremen	100,00	83.599.071,92	-1.546.024,88

1 Verschmelzung
auf die Großmarkt
Bremen GmbH zum
01.01.2013

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2013 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2013 Euro
Focke-Museum, Bremen	100,00	2.895.796,41	98.732,83
Gesundheit Nord gGmbH			
Klinikverbund Bremen (Konzern), Bremen	100,00	163.150.823,05	86.142.734,66
Gesundheit Nord Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	73.099.277,67	962.332,00
Großmarkt Bremen GmbH, Bremen	100,00	9.632.385,12	125.468,03
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH, Bremen	100,00	27.542,63	1.202,39
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	0,00	-31.919,60
Hanseatische Naturentwicklung GmbH (HANEG), Bremen	100,00	282.865,41	27.004,89
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Bremen	80,00	10.076.889,62	3.478.413,98
hanseWasser Bremen GmbH, Bremen	25,10	56.311.302,86	0,00
Immobilien Bremen, AöR, Bremen	100,00	1.590.315,36	478.555,42
JadeWeserPort Realisierungs-Beteiligungs-gesellschaft mbH, Wilhelmshaven	49,90	63.206,69	12.191,62
JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wilhelmshaven	49,90	73.435.798,12	-5.659.286,00
KiTa Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	1.533.761,78	344.909,85
Münchener Hypothekenbank eG, München ²	0,00	881.033.868,12	6.707.712,48
Musikschule Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	344.092,04	31.789,70
Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	870.321,79	-15.958,80
SV Gewerbeflächen, Bremen	100,00	194.458.337,15	-7.713.083,58
SV Hafen, Bremen	100,00	291.444.969,09	-62.308.308,34
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	476.534.462,47	533.737,55
SV Infrastruktur, Bremen	100,00	1.277.750.039,68	-126.686.949,54
SV Kommunale Abfallentsorgung, Bremen	100,00	1.139.385,84	9.101,09
SV Überseestadt, Bremen	100,00	59.123.080,22	-7.669.220,09
Theater Bremen GmbH, Bremen	100,00	-798.885,38	609.593,40
Übersee-Museum, Bremen	100,00	5.531.607,16	61.816,15
Umweltbetrieb Bremen, Bremen	100,00	155.345.502,23	1.723.309,24
Werkstatt Bremen, Bremen	100,00	50.799.401,41	55.552,47
Werkstatt Nord gGmbH, Bremen	100,00	553.686,64	16.225,40
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	6,95	120.915.961,36	0,00
ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH, Bremen	37,20	29.767,72	8.312,15

² Bremisches Eigenkapital Festbetrag in Höhe von 70 Euro

Da es sich beim Landesuntersuchungsamt, dem SV Versorgungsrücklage und dem Bremer Kapitaldienstfonds um kameral buchende Sonderhaushalte handelt, werden diese wertmäßig nicht in dem doppischen Jahresabschluss erfasst.

Finanzrechnung

zum 31.12.2014

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes wird in Form einer Cashflow-Rechnung dargestellt.

+ 1.275,76 Mio. Euro
Cashflow aus der Verwaltungstätigkeit

- 71,57 Mio. Euro
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Die Finanzrechnung stellt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Haushaltjahres in Form einer Cashflow-Rechnung dar.

Dabei werden ausgehend vom Jahresergebnis die liquiditätswirksamen und nicht liquiditätswirksamen Veränderungen der Vermögens- und Erfolgsrechnung innerhalb eines Haushaltjahres nach bestimmten Kriterien dargestellt. Es wird letztendlich wie bei der kameralen Haushaltsrechnung auf Betrachtung der liquiden Einnahmen und Ausgaben abgestellt.

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich unter Anwendung der Standards staatlicher Doppik bei Ermittlung des Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (CF I) für die indirekte Ermittlungsmethode entschieden. Die Cashflows aus Investitionstätigkeit (CF II) und aus Finanzierungstätigkeit (CF III) werden, wie in den Standards vorgegeben, nach der direkten Methode, also auf der Basis von Zahlungsdaten, ermittelt.

Die Finanzrechnung baut sich wie folgt auf:

» **Cashflow I** (CF aus der laufenden

Verwaltungstätigkeit = operativer CF)

Der Cashflow I gibt die zahlungswirksame Tätigkeit wieder, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist. Bei der indirekten Methode wird das Jahresergebnis ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses um nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge bereinigt.

» **Cashflow II** (CF aus Investitionstätigkeit)

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst den Erwerb und die Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens sowie von längerfristigen finanziellen Vermögenswerten, die nicht dem Finanzmittelfonds oder der Finanzierungstätigkeit zuzurechnen sind.

» **Cashflow III** (CF aus Finanzierungstätigkeit)

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst alle zahlungswirksamen Aktivitäten, die sich auf den Umfang und die Zusammensetzung der Eigenkapitalposten und der Finanzschulden der Gebietskörperschaft auswirken, vor allem die Aufnahme und Tilgung von Krediten. Hier können auch Maßnahmen der Binnenfinanzierung wie etwa die Finanzierung von Versorgungsleistungen abgebildet werden.

Die Bestände an Zahlungsmitteln (Barmitteln und täglich fälligen Sichteinlagen) und Zahlungsmitteläquivalente (als Liquiditätsreserven gehaltenen, kurzfristigen, äußerst liquiden Finanzmitteln, die jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungen unterliegen) werden als Finanzmittelfonds bezeichnet.

Der Finanzmittelfonds zum Stichtag muss mit der Summe aus Cashflow I, II und III sowie dem Bestand des Finanzmittelfonds zu Beginn der Periode übereinstimmen.

Im Gegensatz zur Darstellung im Anhang werden Leerposten in der Finanzrechnung ausgewiesen.

Nr.	Bezeichnung	31.12.2014	31.12.2013
		Euro	Euro
CF I Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit			
1	Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-535.224.532,39	-1.240.642.038,11
1.1	+/- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-535.224.532,39	-1.240.642.038,11
1.2	+/- Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
2	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	157.336.897,95	418.510.126,01
2.1	+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	157.336.897,95	418.510.126,01
2.2	- Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	0,00	0,00
3	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	355.577.621,62	676.533.000,00
3.1	+ Zunahme der Rückstellungen	383.854.063,95	676.996.000,00
3.2	- Abnahme der Rückstellungen	-28.276.442,33	-463.000,00
4	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	73.676.013,36	-116.472.020,05
4.1	+ Sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Aufwendungen	100.568.778,99	0,00
4.2	- Sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Erträge	-26.892.765,63	-116.472.020,05
5	+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	36.128,99	148.524,20
5.1	- Erträge aus dem Abgang von AV	-2.600,00	-485,11
5.2	+ Verluste aus dem Abgang von AV	29.388,23	147.972,18
5.3	- Erträge aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	0,00	0,00
5.4	+ Verluste aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	9.340,76	1.037,13
6	+/- Abnahme/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-446.093.982,72	188.152.709,41
6.1	Vorräte und geleistete Anzahlungen auf Vorräte	15.353,76	17.863,45
6.2	Forderungen aus Steuern	2.068.000,00	24.254.000,00
6.3	Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen	1.357.246,72	0,00
6.4	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-18.381.049,20	30.906.422,01
6.5	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen, gegen Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	-266.217.618,00	9.078.764,45
6.6	Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	54.361.633,50	-16.806.945,73
6.7	Sonstige Vermögensgegenstände	-202.587.159,80	138.287.867,13
6.8	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
6.9	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	-16.710.389,70	2.414.738,10

Nr.	Bezeichnung	31.12.2014 Euro	31.12.2013 Euro
CF I Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit			
7	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.670.448.519,10	-226.087.197,44
7.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF III)	1.548.475.802,25	-336.038.892,75
7.2	Verbindlichkeiten aus Steuern	-3.935.973,69	4.404.533,12
7.3	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
7.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
7.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-10.292,84	160.701,18
7.6	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	42.634.027,73	73.042.493,32
7.7	Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	3.700.071,27	143.546,53
7.8	Sonstige Verbindlichkeiten	79.491.884,38	32.200.421,16
7.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	93.000,00	0,00
8	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Positionen	0,00	0,00
8.1	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
8.2	Außerordentlicher Aufwand	0,00	0,00
9	Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit (CF I)	1.275.756.665,91	-299.856.895,98
CF II Cashflow aus Investitionstätigkeit			
10	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0,00	38.678,47
11	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-16.397.329,31	-11.671.065,95
12	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-129.563.196,54	-142.416.685,07
14	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
15	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-171.761.025,00	-55.700.300,00

Nr.	Bezeichnung	31.12.2014	31.12.2013
		Euro	Euro
CF II Cashflow aus Investitionstätigkeit			
16	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
17	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
18	+ Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen und Investitionszuschüssen	10.878.077,99	10.580.301,66
19	Cashflow aus Investitionstätigkeit (CF II)	-306.843.472,86	-199.169.070,89
CF III Cashflow aus Finanzierungstätigkeit			
20	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	0,00
21	- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00
22	+ Einzahlungen aus der Ausgabe von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	4.927.000.000,00	13.551.163.499,15
22.1	Anleihen und Obligationen	4.810.000.000,00	10.874.812.201,46
22.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	15.000.000,00	1.049.481.007,09
22.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	102.000.000,00	1.626.870.290,60
23	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	-4.998.567.640,72	-13.350.418.022,44
23.1	Anleihen und Obligationen	-4.395.000.000,00	-10.692.635.171,76
23.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	-296.068.278,81	-1.116.531.427,24
23.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	-307.499.361,91	-1.541.251.423,44
24	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (CF III)	-71.567.640,72	200.745.476,71
25	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 19 und 24)	897.345.552,33	-298.280.490,16
26	+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,00	0,00
26.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
26.2	Festgeld	0,00	0,00
26.3	Bankkonten	0,00	0,00

Nr.	Bezeichnung	31.12.2014	31.12.2013
		Euro	Euro
26.4	Kassen	0,00	0,00
26.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
26.6	Zahlstellen	0,00	0,00
26.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
26.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00
27	+ Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres	633.225.291,75	931.505.781,91
27.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
27.2	Festgeld	0,00	0,00
27.3	Bankkonten	633.079.423,33	931.352.912,94
27.4	Kassen	145.868,42	152.868,97
27.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
27.6	Zahlstellen	0,00	0,00
27.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
27.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00
28	Summe Cashflow und Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres	1.530.570.844,08	633.225.291,75
29	Finanzmittelfonds 31.12. des Jahres	1.530.570.844,08	633.225.291,75
	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
	Festgeld	0,00	0,00
	Bankkonten	1.530.417.228,32	633.079.423,33
	Kassen	153.615,76	145.868,42
	Handvorschüsse	0,00	0,00
	Zahlstellen	0,00	0,00
	Geldannahmestellen	0,00	0,00
	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00

Die Freie Hansestadt Bremen erstellt im Rahmen des doppelten Jahresabschlusses eine Finanzrechnung in Form einer Cashflow-Rechnung. In dieser werden Herkunft und Verwendung der flüssigen Geldmittel für

die laufende Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit innerhalb des Haushaltsjahres aufgezeigt und den Zahlen des Vorjahres gegenübergestellt.

Glossar

Abschreibungen

Die Abschreibungen stellen die Wertminderungen von Vermögensgegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens dar.

Anlagenbuchhaltung

Die Anlagenbuchhaltung dient als Nebenbuchhaltung der Finanzbuchhaltung dem Ausweis der Anlagegüter und deren Werteverzehr in Form der Abschreibungen.

Anlagevermögen

Als Anlagevermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu dienen sollen, langfristig zur Aufgabenerfüllung der Freien Hansestadt Bremen beizutragen.

Beteiligungen

Beteiligungen stellen den Anteil an privatrechtlich organisierten Unternehmen dar.

Bilanz

Siehe Vermögensrechnung.

Bürgschaft

Durch eine Bürgschaft wird eine Verpflichtung begründet, ggf. für eine fremde Geldschuld gegenüber einem Dritten einzustehen.

Cashflow

Der Cashflow ist eine finanzielle Größe, die im Rahmen der Finanzrechnung ermittelt wird und den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt.

Doppelte Buchführung (Doppik)

Die doppelte Buchführung in Konten (Doppik) ist ein Rechnungswesensystem, in dem jeder Geschäftsvorfall sowohl auf seine Auswirkung hinsichtlich des Erfolges als auch hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vermögen aufgezeichnet wird.

Eigenbetrieb nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Eigenbetrieb ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen (FHB), das durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes entstanden und

zur Erfüllung einzelner Aufgaben der FHB bestimmt ist. Entsprechend gelten für ihn die Vorschriften der LHO, soweit durch ein anderes Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird für die Rechnungsperiode der Ertrag dem Aufwand gegenübergestellt und das Ergebnis der Periode ermittelt. Die Erfolgsrechnung wird auch als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet.

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ermittelt als Bestandteil des doppelten Jahresabschlusses in der FHB als Liquiditätsrechnung den Unterschiedsbetrag zwischen den Ein- und Auszahlungen.

Fundierte Schulden

Fundierte Schulden sind Staatsschulden, die grundsätzlich langfristig bestehen. Damit sind Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand gemeint, die regelmäßig über eine längere Laufzeit (ein Jahr oder länger) zurückgezahlt werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind bewegliche Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr, deren Nettoanschaffungskosten einen bestimmten festgesetzten Wert nicht überschreiten. GWG werden zwingend über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

Gewinn- und Verlustrechnung (siehe Erfolgsrechnung)
Gemäß den Festlegungen in den Standards staatlicher Doppik wird der Begriff Gewinn- und Verlustrechnung durch den Begriff Erfolgsrechnung ersetzt.

Haushaltsrechnung

Die Haushaltsrechnung ist die kamerale Jahresrechnung über den Haushalt, die dem Parlament zur Entlastung des Senats vorzulegen ist.

Investitionen

Investitionen sind langfristig nutzbare Vermögensgegenstände, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Kameralistik

Die Kameralistik ist ein überwiegend von der öffentlich-rechtlich organisierten Verwaltung angewendetes Buchführungssystem, bei dem Einnahmen und Ausgaben geführt werden und den geplanten Einnahmen und Ausgaben (Anschlag bzw. Soll) sowie tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben (Ist) eines Haushaltjahres gegenübergestellt werden.

Kernverwaltung (FHB)

Die Kernverwaltung bildet den originären Kern staatlicher Aufgabenwahrnehmung ab, die unmittelbar über die bremischen Haushalte abgewickelt wird.

Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen. In Abweichung von den tatsächlichen Zahlungsströmen wird der Ertrag bzw. der Aufwand den verursachungsgerechten Perioden zugeordnet.

Rücklagen

Rücklagen sind Teil des Kapitals, das buchungstechnisch bestimmten zukünftigen bekannten Zwecken zugeführt werden soll.

Rückstellungen

Rückstellungen sind eine Berücksichtigung von zukünftigem Aufwand, dessen Eintreten dem Grund oder der Höhe nach noch nicht sicher ist und der in der abzuschließenden Rechnungsperiode verursacht wurde.

Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Sondervermögen ist ein rechtlich unselbstständiger, abgesonderter Teil des Vermögens der FHB. Es ist durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes begründet und dient der Erfüllung einzelner Aufgaben der gründenden Gebietskörperschaft.

Sonstige Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein sonstiges Sondervermögen ist eine bewirtschaftete, rechtlich unselbstständige, abgesonderte Vermögensmasse der FHB ohne Personalkörper in Ausgestaltung eines Sondervermögens nach § 26 Abs. 2 LHO.

Standards staatlicher Doppik

Als untergesetzliche Normierung zum Haushaltsgesetz werden in den Standards staatlicher Doppik für die Länder und den Bund einheitliche Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsregeln zum doppelten Rechnungswesen festgelegt.

Umlaufvermögen

Als Umlaufvermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu bestimmt sind, kurzfristig der FHB zu dienen.

Vermögensnachweis

Der Vermögensnachweis ist die zusammengefasste Übersicht über das Vermögen und die Schulden der FHB zum Stichtag des jeweiligen Haushaltjahres.

Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung ist die stichtagsbezogene Gegenüberstellung der Vermögenswerte und deren Finanzierung. In privatwirtschaftlichen Unternehmen wird die Vermögensrechnung als Bilanz bezeichnet.

Zinssatzswaps

Ein Zinssatzswap ist ein Zinsderivat, bei dem zwei Vertragspartner vereinbaren, zu bestimmten zukünftigen Zeitpunkten Zinszahlungen auf festgelegte Nennbeträge auszutauschen. Die Zinszahlungen werden meist so festgesetzt, dass eine Partei einen bei Vertragsabschluss festgesetzten Festzinssatz zahlt, die andere Partei hingegen einen variablen Zinssatz.

Zuwendungen

Zuwendungen sind Leistungen nach § 23/§ 44 LHO aus dem öffentlichen Haushalt an Stellen außerhalb der FHB zur Erfüllung von Aufgaben, an denen die öffentliche Hand ein erhebliches Interesse hat.

Abkürzungen

AG	Aktiengesellschaft
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
BEZ	Bundesergänzungszuweisung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Doppik	Doppelte Buchführung in Konten
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
eG	eingetragene Genossenschaft
FHB	Freie Hansestadt Bremen
FöKo	Föderalismuskommission
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
LFA	Länderfinanzausgleich
LHO	Landeshaushaltsordnung
ReSoSta	Regionales Sonderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen in Begleitung der Umstrukturierungen im Stahlsektor
StaBu	Statistisches Bundesamt
StaLa	Statistisches Landesamt
SV	Sondervermögen

IMPRESSUM

Herausgeber

Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Finanzen
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072

office@finanzen.bremen.de

www.finanzen.bremen.de/info/Bilanzberichte

Druck

Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Konzept und Gestaltung

Büro 7 visuelle Kommunikation GmbH, Bremen

BILDNACHWEIS

Titel, Seite 3: Freie Hansestadt Bremen

Seite 13: Jörg Landsberg

Seite 22, 55: BTZ Bremer Touristik-Zentrale

Seite 31: Freie Hansestadt Bremen

Seite 42: Senatspressestelle / Anja Raschdorf

Seite 60: Bremer Ratskeller

Seite 64: Ingrid Krause / BTZ Bremer Touristik-Zentrale,
Lichtdesign: A&O Creative

Seite 84: Flughafen Bremen

Seite 98: Henning Migge

Dieser Geschäftsbericht wurde – mit Ausnahme des Umschlags – auf Recyclingpapier (Image Recycled High White von Antalis) gedruckt. Es besteht zu 100% aus Altpapier und erfüllt alle Anforderungen des Blauen Engels.



Die Schlachte bei Nacht

Die Senatorin für Finanzen

Rudolf-Hilferding-Platz 1

28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072